Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1923

23.10.1923 (No. 243)

Visual Library

Nr. 243 61. Jahrgang — Karlsruhe, Dienstag, den 23. Oktober 1923

Bezugspreis (freibleibend) durch Träger Mk. 320 000 000; (b. d. Zahlstelle in Karlsruhe 300 000 000). wöchentlich. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen.

Fernsprecher: Geschäftsstelle 535.

Badischer Beobachter

Anzeigengrundpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 60 Mk., im Reklameteil 180 Mk. Schlüsselzahl (Multiplikator 2 000 000. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarifrabatt, der bei zwangsweiser Beitreibung und bei Konkurs wegfällt.

Fernsprecher: Redaktion 572.

Verlegerin und Herausgeberin: Akt.-Ges. „Badenia" (Wilhelm Johner, Direktor). Rotationsdruck der „Badenia" Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Drahtadresse: Beobachter. Postscheck-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Werktags einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familientisch" und „Frauenrundschau". — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: vormittags ½8 Uhr.

Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer; für den Nachrichtendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil Dr. H. A. Berger; für die Anzeigen: J. Wurzler, sämtliche in Karlsruhe.

Aussichten auf Verständigung?

Eine amtliche Erklärung.

Berlin, 23. Okt. Die amtliche bayerische Korrespondenz Hoffmann hat eine Darstellung der bayerischen Regierung über den Fall Lossow veröffentlicht, zu der folgendes festzustellen ist:

1. Sie behauptet, der Reichswehrminister habe nach Verhängung des Reichsausnahmezustands dem bayerischen Gesandten v. Preger zugesagt, er werde dem General v. Lossow keine materiellen Befehle über die Handhabung des Ausnahmezustandes geben. Diese Angabe ist unrichtig. Der Reichswehrminister hat dem bayerischen Gesandten am 27. September lediglich zugesagt, daß er an diesem Tage dem General v. Lossow keine materiellen Befehle geben werde, um ihm zu erleichtern, sich mit dem bayerischen Generalstaatskommissar über die vollziehende Gewalt zu einigen.

2. Die rechtliche Stellung des Generals v. Lossow gegenüber dem Generalstaatskommissar wurde am 27. September in Beantwortung einer Anfrage des Generals Lossow durch ein Telegramm festgelegt, in dem es heißt: „Da Reichsrecht vor Landrecht geht, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Ihnen schon jetzt alle Militär- und Zivilbehörden des Wehrkreisbezirks uneingeschränkt unterstehen und daß Sie alle für notwendig gehaltenen Anordnungen in eigener Verantwortung treffen müssen. Ich bitte, den Empfang meines Befehls, der Sie zum Inhaber der vollziehenden Gewalt macht, durch Fernspruch zu bestätigen. (Gez.) Reichswehrminister Geßler." — Die Bestätigung ging am selben Tage ein. General v. Lossow konnte also nicht im Zweifel darüber sein, daß er dem Generalstaatskommissar übergeordnet war.

3. Dem von General Lossow entsandten Generalstabsoffizier erklärte der Minister, die politische Frage des Verhältnisses der beiden Ausnahmezustände in Bayern werde zwischen den Regierungen geklärt werden. Bis dahin solle General v. Lossow offene Konflikte mit dem Generalstaatskommissar vermeiden und nur auf gleichmäßige Handhabung des Ausnahmezustands nach beiden Seiten hinarbeiten. Das Verbot des Völkischen Beobachters, das von ihm bereits für das ganze Reich bereits erlassen worden sei, müsse aber unter allen Umständen durchgeführt werden. Um dem von den Münchner Stellen geäußerten Wunsch, das Verbot wenigstens zu befristen, Rechnung zu tragen, werde er es nach acht Tagen wieder aufheben, wenn es jetzt seinem Befehl gemäß durchgeführt werde. Erst, als trotz dieses Entgegenkommens das Verbot nicht ausgeführt wurde, erließ der Reichswehrminister den Befehl, es nötigenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen.

4. Zu der Darstellung, die der Bericht der Korrespondenz Hoffmann über die Unterredung des Reichswehrministers mit dem General v. Kreß brachte, wird auf die mehrfachen Schilderungen verwiesen, die hierüber der Presse vom Reichswehrministerium schon zugegangen sind. Der Reichswehrminister hat den Reichskanzler gebeten, seinerseits eine Klärung der Angelegenheit zu veranlassen. Es sei aber jetzt schon bemerkt, daß der Reichswehrminister niemals behauptet hat, auf eine private Aufforderung des Generals v. Kreß nach Augsburg gefahren zu sein.

Erklärungen Dr. v. Knillings.

München, 22. Okt. Bei dem gestrigen Journalistenempfang durch den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling sprach dieser weiterhin über die Unterredung des Reichswehrministers in Augsburg und stellte auch seinerseits fest, daß es sich hier um eine dienstliche Unterredung gehandelt habe und der Wehrminister durch seine Darlegungen eine Gesinnung gegenüber Bayern gezeigt habe, die das allergrößte Aufsehen in Bayern habe erregen müssen. Von einem Rücktritt des Generalmajors v. Kreß, wie es da und dort gerüchtweise verlautet, sei dem Ministerpräsidenten zur Stunde noch nichts bekannt. Zu der Berliner Meldung über eine Entspannung der Lage erklärte er, daß eine Aussprache im Reichsrat bayerischerseits nicht verhindert werden könnte, daß er aber schon heute entschlossen sei, nicht nach Berlin zu gehen. Er wolle den bayerischen Standpunkt durch Dr. v. Preger vertreten lassen. Ob im Reichsrat etwas Befriedigendes herauskomme, sei freilich abzuwarten. Denn es sei zweierlei, wie eine Sache besprochen werde und wie man sich dazu stelle. Schließlich verwahrte er sich gegen ein Umfallen der bayerischen Regierung.

*

Berlin, 22. Okt. Vor der Kabinettsitzung empfing der Reichskanzler den bayerischen Gesandten von Preger. Dieser gab dem Reichskanzler Dr. Stresemann die Erklärung ab, daß Bayern nicht die Absicht habe, sich zu separieren und nicht beabsichtige, die bayerischen Truppen zu vereidigen.

Berlin, 22. Okt. Die Verbreitung des Aufrufs der Reichsregierung und des Befehls des Generals v. Seeckt, die in Bayern verboten sind, wurden dort heute durch Flugzeuge veranlaßt.

Die Stuttgarter Besprechung der süddeutschen Regierungen.

Stuttgart, 22. Okt. Die Staatspräsidenten und die Mitglieder der badischen, württembergischen und hessischen Regierung haben sich heute in Stuttgart zu einer Besprechung über die augenblickliche politische Lage zusammengefunden. Der Antrag des württembergischen Staatspräsidenten auf sofortige Einberufung des Reichsrates zur Besprechung der neuerdings entstandenen politischen Gefahr wurde allseits gebilligt. Die Besprechung ergab Uebereinstimmung dahin, daß alle anwesenden Vertreter vorbehaltlos auf dem Boden der Reichseinheit stehen und daß alle Versuche, die gewollt oder ungewollt, die Reichseinheit zu zerstören und die Autorität der Reichsregierung zu untergraben geeignet sind, verurteilt werden.

Die Reichswehr in Sachsen.

Leipzig, 22. Okt. In den heutigen Vormittagsstunden sind größere Abteilungen preußischer Reichswehr (Infanterie, Kavallerie und Artillerie) in Leipzig eingerückt. Die Truppen werden zum Teil in Leipzig verbleiben, zum Teil nach Chemnitz und Plauen i. V. transportiert werden.

Ueber die Aufnahme der Reichswehr in Sachsen besagt die folgende Meldung: In Sachsen ist es beim Einmarsch der Reichswehr zu kleineren Reibereien gekommen, wo die kommunistische Betriebszentrale durch einen besonderen Aufruf zum Widerstand gegen die militärische Besatzung aufforderte. Irgend ein zentralisierter Widerstand ist jedoch in keiner Weise zu bemerken.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 23. Okt. Das Reichskabinett hat sich gestern im wesentlichen nur mit laufenend Angelegenheiten befaßt, hat aber in der bayerischen Frage keinerlei Entschließungen getroffen. So wie in Bayern scheint sich auch in Sachsen eine Entspannung vorzubereiten.

—(*)—

Weitere Vorstöße der Sonderbündler.

Frankfurt a. M., 23. Okt. Die Rheinische Republik ist gestern abend in Wiesbaden ausgerufen worden. Auf dem Rathaus weht die grün-weiß-rote Fahne. Das Rathaus und die Regierungsgebäude sind durch rheinische Truppen besetzt. Nähere Einzelheiten fehlen zur Stunde, doch wird mitgeteilt, daß der Putsch ohne jedes Blutvergießen gelungen ist. Der Telephonverkehr mit Wiesbaden ist noch normal.

Aus dem Ruhrgebiet, 23. Okt. Gestern nachmittag haben die Separatisten das Rathaus, die Reichsbank und andere öffentliche Gebäude Dürens ebenfalls wie in Aachen besetzt und die Rheinische Republik ausgerufen.

München-Gladbach, 23. Okt. Auch hier wurde auf dem Rathaus von den Sonderbündlern die grün-weiß-rote Fahne gehißt. Gewerkschaftssekretär Schildnitz wurde von ihnen zum Bürgermeister bestimmt. Den beiden hiesigen Zeitungen wurde für heute das Erscheinen untersagt.

Frankfurt a. M., 23. Okt. Aus Koblenz liegen jetzt genauere Nachrichten über den gestrigen Putschversuch der Separatisten vor. Demnach zogen die Sonderbündler bereits morgens vier Uhr vor das Rathaus und verlangten vom Bürgermeister die vollständige Uebergabe der Stadtverwaltung. Dieser wies sie jedoch ab und erklärte, er werde nur der Gewalt weichen. Darauf zogen die Sonderbündler ab, erschienen aber um 10 Uhr wieder vor dem Rathaus. Die Kunde hiervon war unterdessen wie ein Lauffeuer durch die ganze Stadt gedrungen, so daß zur gleichen Zeit auch eine ungeheure Volksmenge zugegen war, als die Sonderbündler erschienen. Es kam sofort zu einer schweren Prügelei, in deren Verlauf die Sonderbündler unter Zurücklassung von acht Schwerverletzten fluchtartig das Feld verließen. Sie haben in Koblenz eine schwere Abfuhr durch die empörte Bevölkerung erlitten.

*

Neue Wechselstuben im Rheinland.

Das Journal erfährt aus Koblenz, daß in allen bedeutenden Städten des Rheinlandes die Gründung von Wechselstuben zum Umtausch des geplanten Notgeldes unmittelbar bevorstehe. Veranlassung zu dieser Maßnahme geben die interalliierte Rheinlandkommission.

Die Londoner Auffassung.

Paris, 23. Okt. In Londoner amtlichen Kreisen wird dem Korespondenten des Intransigeant zufolge die Ausrufung der Rheinischen Republik in Aachen nicht als ernsthafter Zwischenfall aufgefaßt, weil man bestimt damit rechnet, daß die Partikularisten, die im Gegensatz zu den Sonderbündlern ein selbständiges Rheinland im Rahmen des Reiches wünschen, in allen wichtigen Mittelpunkten die Führung der Bewegung an sich reißen und mit den franko-belgischen Behörden über die Schaffung eines selbständigen Rheinlandes verhandeln werden.

Vom Tage.

Die Sonderbündler haben nicht nur in Aachen, sondern auch in München-Gladbach, Wiesbaden, Düren, Trier und Koblenz die rheinische Republik ausgerufen. Havas meldet das Weiterumsichgreifen der Abfallbewegung.

Die Reichsregierung erläßt eine Verordnung zur Sicherstellung des Warenumlaufs. Mehrere große Werke des Ruhrgebiets mußten schließen.

Bei dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen ist es zu kleineren Reibereien gekommen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit laufenden Angelegenheiten. Der Reichsrat stimmte dem Arbeitszeitgesetz zu.

Gestern begann in Kottbus die Verhandlung gegen die Küstriner Putschisten.

Generalstreikandrohung der Berliner Arbeiterschaft.

Einführung von Goldlöhnen innerhalb drei Tagen gefordert.

Berlin, 23. Okt. Gestern abend sprach im überfüllten Saale des Vereinshauses deutscher Ingenieure vor Mitgliedern der Berliner Anwaltvereins Dr. Hjalmar Schacht, Geschäftsführer der Darmstädter- und Nationalbank über das Währungsproblem. Im Verlauf seines Vortrags machte er davon Mitteilung, daß die Vertreter der Berliner Arbeiterschaft von den Arbeitgebern eine wertbeständige Lohnzahlung verlangt haben; sie hätten ihre Forderung in ultimative Form gekleidet und die Schaffung eines wertbeständigen Lohns innerhalb drei Tagen verlangt. Sollte diese Frist nicht eingehalten werden, so würde der wertbeständige Lohn durch einen Generalstreik erkämpft werden.

Dr. Schacht glaubt indes, daß es binnen drei Tagen möglich sein müßte, auf dem Weg über die Goldanleihe ein wertbeständiges Geld zu schaffen, falls die zuständigen Regierungsinstanzen heute nicht nur die Beratung aufnehmen, sondern sich auch zu entscheidenden Beschlüssen aufraffen.

Graf Kanitz Reichsernährungsminister.

Berlin, 22. Okt. Wie die Telegraphen-Union von deutschnationaler Seite erfährt, hat Abg. Graf Kanitz seinen Austritt aus der deutschnationalen Volkspartei und deutschnationalen Fraktion des Reichstags vollzogen, weil er das Amt eines Reichsernährungsministers angenommen hat.

Die Wahlen in Oesterreich.

Wien, 22. Okt. In Oesterreich haben am gestrigen Sonntag die Parlamentswahlen stattgefunden. In Linz ist der Obmann der Großdeutschen Volkspartei und Vorsitzende des Nationalrats Dinghofer unterlegen, ein schwerer Schlag für die mit den Christlich-sozialen verbundene Großdeutsche Partei. Weitere Resultate liegen bisher nicht vor.

*

Die Schlüsselzahl im Buchdruckgewerbe.

Der deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für das Buchdruckgewerbe vom 18. Oktober und die weitere Verteuerung aller Materialien ist die Schlüsselzahl für das deutsche Buchgruckgewerbe rückwirkend ab 20. Oktober auf 300 Millionen festgesetzt.

—) * (—

Preisschilder und Preisverzeichnisse.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die bisherige Preisauszeichnung der Gegenstände des täglichen Bedarfs durch Grundziffer und Multiplikator hat zu vielfachen Angriffen gegen den Einzelhandel, namentlich wegen der Grundziffer, geführt, die irrtümlich als Friedenspreis angesehen wurde. Es wurde dabei aber nicht berücksichtigt, daß dann auch der Multiplikator dem Wert der sogen. Goldmark hätte entsprechen müssen, während der Multiplikator tatsächlich immer sehr wesentlich darunter geblieben war. Den Wünschen der Bevölkerung entsprechend, hat die Landeszentrale des Bad. Einzelhandels vom Montag, den 22. Oktober, ab eine neue Art der Auszeichnung eingeführt.

Durch diese Aenderung in der Art der Preisauszeichnung wird nichts geändert an der Art der Preiskalkulation. Jeder Kaufmann hat wie bisher zu kalkulieren und bleibt strafrechtlich für die richtige Kalkulation verantwortlich. Bei der Kalkulation wird zunächst der Einstandspreis in Papiermark umgerechnet, soweit nicht die Rechnung des Lieferanten schon so ausgestellt ist. Dazu kommen in Papiermark die tatsächlichen Auslagen für Unkosten (Löhne, Miete, Licht usw.), Zinsen Unternehmerlohn, Unternehmergewinn usw. Der Unternehmerlohn darf nicht höher angesetzt werden wie Gehälter und Löhne, die Angestellten mit gleicher Beschäftigung in fremden Unternehmungen gewährt werden. Der ferner zustehende Unternehmergewinn muß entsprechend dem allgemeinen Rückgang des Einkommens anderer Volkskreise gekürzt werden. Der so in Papiermark errechnete Verkaufspreis wird sodann auf eine Grundmark (sogen. Goldmark) zurückgeführt, indem der jeweilige Briefkurs des Dollars durch 4.20 geteilt wird. Die so gewonnene Zahl ergibt den Grundpreis der Ware. Als Multiplikator wird der jeweilige Briefkurs des Dollars geteilt durch 4.20 gelten. Dieser Grundpreis wird in vielen Fällen über dem seinerzeitigen Friedenspreis liegen, eine Erscheinung, die auch in anderen Ländern zu beobachten ist. Der richtige Ansatz dieses Grundpreises wird aber künftighin an Hand der seinerzeitigen Friedenspreise und der Rechnung des Lieferanten leichter wie früher nachgeprüft werden können. Bei einer Besprechung im Ministerium des Innern wurde gegen diese Art der Berechnung und Warenauszeichnung nichts eingewendet in der Unterstellung, daß sie einheitlich in ganz Baden Annahme finden wird.

—(*)—

Zur Lage.

Bayerns Vorgehen. — Die Aachener Separatistenaktion. — Neuer Sturz der Mark. — Zum Stand der Ruhrfrage.

Bayern hat es also über sich gebracht, die schwere äußere Not des Reiches noch durch Widersetzlichkeit gegen die Reichsregierung zu verschlimmern. Es verhindert die Dienstenthebung des Generals von Lossow für Bayern und beruft sich auf den Artikel 48 der Reichsverfassung Absatz 4. Dieser Absatz lautet: „Bei Gefahr im Verzug kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Absatz 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen." Im Absatz 2 ist gesagt, daß, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen vom Reichspräsidenten getroffen werden können, wobei die Grundrechte der Staatsbürger ganz oder zum Teil vorübergehend außer Kraft gesetzt werden können. Wie man daraus ersieht, beruft man sich in Bayern zu Unrecht auf den Artikel 48 der Reichsverfassung; denn es ist selbstverständlich, daß im Artikel 48 keinesfalls der Widerstand einer Landesregierung gegen die Reichsgewalt gerechtfertigt wird. Das wäre uns eine schöne Reichsverfassung, die das täte. Und man kann daher auch nicht annehmen, daß die bayerische Berufung auf den Artikel 48 wirklich ernst gemeint ist; es kann sich nur um ein recht fadenscheiniges Rechtfertigungsmäntelchen handeln. Was will überhaupt Bayern im gegenwärtigen Zeitpunkt mit einem solchen Vorgehen? Es sei nicht gegen das Reich, sondern nur gegen die gegenwärtige Reichsregierung, sagt Bayern. Das ist auch wieder so eine Redensart. Wenn Bayern sich gegen die rechtmäßig zustande gekommene Reichsregierung auflehnt, dann richtet es sich gegen das Reich; denn es stellt sich dann auf den Boden, daß eine Landesregierung nur dann der Reichsregierung den verfassungsmäßigen Respekt schuldet, wenn diese Reichsregierung dem betr. Lande paßt. Damit ist aber, wie jeder Vernünftige sich ausrechnen kann, das Reich erledigt. Mit solchen Verlegenheitsausreden kann man doch nicht kommen in solcher Zeit. Uns paßt auch vieles nicht in der Reichsregierung; aber wir tragens im Interesse der Einigkeit des Reiches, die nie notwendiger war als heute. Wie unpsychologisch geht man auch in Bayern vor! Man könnte das Verhalten Bayerns noch einigermaßen begreifen, wenn dort alles einig und über die zu erreichenden Ziele klar wäre. Aber das ist nicht der Fall. Da stehen die bayerischen Partikularisten und Wittelsbacher gegen die Nationalsozialisten unter Hitler und Ludendorff; dazu kommt die von Kahr demonstrativ ausgegebene Parole gegen den Marxismus, die an sich verständlich eine Aktion im Reich von Bayern aus schwächen muß; auch starke Wirtschaftskreise sollen sich sehr kritisch aussprechen über das Kahrsche Vorgehen und in der Regierung selbst soll nicht alles einmütig sein. Soviel uns bekannt ist, steht auch Bayern unter den süddeutschen Staaten ganz isoliert. Demgegenüber will es gar nichts heißen, wenn in der Bayer. Volkspartei-Korr. z. B. gesagt wird: „Nur weil wir Deutschland lieben, nehmen wir in diesen Tagen der Drangsal den aufgezwungenen Kampf mit einer irregeleiteten Regierung und vor allem gegen eine Verfassung auf, deren Geist Deutschlands Wiederaufstieg verhindert." Was soll das heißen? Was will Bayern? Niemand weiß es genau und aus Bayern selbst hören wir nur Redensarten, mit denen nichts anzufangen ist. Wer es mit dem Reich aufrichtig meint, der erregt jetzt nicht inneren Hader. Das ist unsere Meinung. Wir haben immer noch die Hoffnung, daß man auch in München das noch einsieht und Berlin einen Ausgleich findet. Vielleicht gelingt es doch noch, in dem morgen in Berlin zusammentretenden Reichsrat eine Einigung zwischen dem Reich, Bayern und Sachsen zu erreichen.

Eins haben Bayern, Sachsen und gewisse separatistische Elemente im Westen, die nachts um 4 Uhr in Aachen die rheinische Republik ausgerufen haben, schon fertig gebracht. Der Dollar ist bis auf 60 Milliarden in die Höhe geschnellt. Die gewissenlosen Börsenleute benützen ja jeden Anlaß gern, um der übrigen Welt das Geld aus der Tasche zu stehlen. Die bayerische Auflehnung und die Aachener separatistische Komödie gibt für die Börsenleute die Kulisse ab, hinter der sie einen neuen Raubzug ausführen und das deutsche Volk muß die Kosten zahlen durch eine weitere unsinnige Verteuerung seiner Lebenshaltung. Wann wird man einmal das Räubernest der internationalen Börse ausheben und auch in das internationale Geldgeschäft Grundsätze einführen, die nicht vor jeder ernsten Moral als Schande bezeichnet werden müssen?

An der Ruhr dauert die gefährliche Lage weiter an. Zwar kommt es nicht dazu, daß man das Ruhrgebiet einfach „verfacken" läßt, d. h. es sich selbst überläßt ohne jede Beihilfe seitens des Reiches. Man läßt wenigstens die Erwerbslosenfürsorge bestehen; aber wenn die Arbeit nicht alsbald wieder aufgenommen werden kann, werden die Zustände immer unhaltbarer. Die Frankf. Ztg. hört, daß der Bergbauliche Verein für das Ruhrgebiet den Vorschlag unterbreitet habe, die geforderten Reparationskohlenlieferungen zunächst auf eigene Verantwortung zu übernehmen und dafür aufgewendete, vom Reich zu ersetzende Beträge zunächst bis zum 1. April 1924 zu stunden unter der Voraussetzung, daß da-

gegen die von den Zechenbesitzern geschuldeten Steuern aufgerechnet werden würden. Anscheinend wird dieser Weg auch von den Bergarbeiterorganisationen als gangbar angesehen. Das wäre ein Notbehelf, der wenigstens über die allerschlimmste Lage weghülfe. Ob er in Anwendung kommen wird, steht noch dahin. Geschieht von deutscher Seite nichts, dann wird sich die Bevölkerung in ihrer Verzweiflungsstimmung den Separatisten mehr und mehr in die Arme werfen. Das wird ihr freilich nicht viel helfen. Die Lage Deutschlands ist zur Zeit furchtbar. Der Geist des Hasses, der von Frankreich aus die Welt vergiftet, bringt unendliche Not über Deutschland und weitergreifend über Europa. Wann wird man daraus lernen, daß die Welt nicht nach nationalistischen Prinzipien und nicht nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Habsucht eingerichtet werden kann, sondern nur nach den Richtlinien einer vom Schöpfer der Welt und der Menschen gewollten Ordnung?

—(*)—

Trostlose Lage im Ruhrgebiet.

Gelsenkirchen, 23. Okt. Die Wirtschaftslage ist gegenwärtig hier trostlos. Viele kleinere Werke und Betriebe haben bereits ihre Tore geschlossen. Auf den Zechen wird nur in beschränktem Maße gearbeitet. Die weltbekannte Firma Küppersbusch legt nun ebenfalls ihren Betrieb still. Auch die Mannesmann-Röhrenwerke und die Gute Hoffnungshütte in Gelsenkirchen werden schließen. Dadurch wird die gesamte Belegschaft dieser beiden Werke von 7—8000 Mann arbeitslos und fällt der städtischen Fürsorge anheim. Nur einige hundert Mann werden mit den notwendigsten Notstandsarbeiten beschäftigt. Die Betriebsbeamten und Büroangestellten arbeiten verkürzt.

Dortmund, 23. Okt. Gestern sind die beiden großen Eisenwerke Dortmunder Union (Deutsch-Luxemburg) und Hoesch stillgelegt worden. Bei der Dortmunder Union ist den weiblichen Angestellten zum 1. Dezember fast ausnahmslos gekündigt worden; ebenso haben zahlreiche Angestellte des städtischen Elektrizitätswerks die Kündigung erhalten.

*

Paris, 23. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz haben sich bis jetzt insgesamt 80 403 Eisenbahner der Regie zur Verfügung gestellt. Im Verlaufe des Samstag trugen sich allein mehr als 15 000 Beamte in die ausgelegten Listen ein.

*

Paris, 22. Okt. Der Intransigeant meldet, daß der endgültige Vertrag mit der Otto Wolf-Gruppe unterzeichnet worden ist. Gegenwärtig seien wichtige Verhandlungen mit der Stinnes-Gruppe im Gange. Die Vertreter der Stinnes-Gruppe, Stinnes und Klöckner, werden heute früh von dem französischen Vertreter Frantzen empfangen.

*

Essen, 22. Okt. Am Samstag kam es in Essen an verschiedenen Stellen der Stadt, insbesondere auf dem Wochenmarkt zu Unruhen, die das Einschreiten der Polizei notwendig machten. Es wurden einige Schreckschüsse abgegeben und als das nichts half, wurde auch scharf geschossen. Dabei wurden ein Mann und eine Frau leicht verletzt, während eine Anzahl anderer Personen Verletzungen durch Hiebwaffen davontrug. Auch in Mülheim an der Ruhr kam es zu Unruhen. Die Lebensmittelhändler wurden hart bedroht. In Anbetracht der gefährlichen Lage nahmen die Geschäftsinhaber eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise vor. Die Polizei mußte jedoch wiederholt einschreiten. Es wurden Schreckschüsse abgegeben und die Straßen mit blanker Waffe gesäubert.

Essen, 22. Okt. Auf Anordnung der Besatzungsbehörde darf nunmehr auch im Einbruchsgebiet den französischen Militärpersonen beim Besuch der Theater, der Lichtspielhäuser und der sonstigen Vergnügungsstätten keine Lustbarkeitssteuer abgenommen werden. In Anbetracht der erheblichen Lustbarkeitssteuer erwächst den Kommunen eine große finanzielle Einbuße. Die Militärpersonen benutzten die Gelegenheit, um sich verhältnismäßig billig zu amüsieren.

Das kommende Kartellgesetz.

Das Ermächtigungsgesetz, das der Reichstag am 13. Oktober dem Kabinett Stresemann gegeben hat, ist in der Hauptsache aus dem Gedanken entstanden, daß wir so wie bisher nicht weiterwirtschaften können und eine starke Hand alle Hemmungen beseitigen muß, die einer größeren Produktivität im Wege stehen. Eine Reihe bedeutsamer sozialwirtschaftlicher Fragen sind dabei zu lösen. Dazu gehört in erster Linie die Mehrarbeit, die durch das Arbeitszeitgesetz in dieser Woche geregelt werden wird. Die Regierung glaubt dieses Arbeitszeitgesetz nicht in vernünftiger Form durchbringen zu können, falls sie nicht auch auf dem Gebiet der Preise ebenfalls eingreift. Man könnte vielleicht daran denken, nunmehr mit irgendwelchen neuen Bestimmungen über Preisfestsetzung usw. herauszukommen, wie wir das von der ganzen Nachkriegszeit her gewöhnt sind. Man hat inzwischen aber einsehen gelernt, daß man auf diesem Wege nicht weiterkommen (dies gilt insbesondere in Zeiten starker Geldentwertung), es liegt darum nahe, auf die Kartelle, die im wesentlichen Maße Preisfestsetzer sind, zurückzugreifen. Man kommt damit auch einem Wunsche nach, der in weiten Kreisen unseres Volkes sehr populär ist.

Der Gedanke ist nicht neu. Schon seit den 90ger Jahren tritt er immer und immer wieder auf. Das deutsche Volk ist bisher noch nicht dazu übergegangen, ein Kartellgesetz zu schaffen, sondern hat sich bisher auf eine im Jahre 1905 stattgefundene Kartellsenquete beschränkt, weil es sich den Schwierigkeiten einer solchen Gesetzgebung voll bewußt war. Andere Staaten (Nord-Amerika, Oesterreich usw.) haben praktische Versuche unternommen, die allerdings im Großen und Ganzen mit einem völligen Mißerfolg geendet haben. Wenn somit auch diese Erfahrungen im Auslande nicht zu Nachahmung aneifern, so glaubte man doch zurzeit, durch Kartellgesetzgebung die heutige Preisfestsetzung reformieren zu können. Von den vielen Vorschlägen, die gemacht worden sind, seien einige kurz umrissen. Der radikalste Vorschlag geht dahin, sämtliche Kartelle zu zerschlagen, er geht wesentlich von den Sozialdemokraten aus. In der Form etwas anders, in der Auswirkung aber dasselbe, ist der Vorschlag, den Kartellmitgliedern freizustellen, aus ihren Kartellen auszutreten, ohne damit irgend eine Strafe zu verwirken. In allen Kartellen sind nämlich mehr oder weniger Mitglieder, die gern austreten möchten, und falls einige austreten, ist natürlich ein Kartell zusammengebrochen. Die Neigung zum Austreten ist meistens größer je größer ein Werk ist, so kommt es auch, daß Stinnes für die Zerschlagung der Kartelle eintritt. Der Grund dafür liegt zumeist darin, daß das Kartell zu einer Zeit geschlossen wurde, wo die Produktionsquote festgesetzt wurde, als die heute Großen noch nicht so groß waren. Diese möchten jetzt gerne die Auflösung der Kartelle, um es später mit einer größeren Quote wieder zu errichten. Bei der Verfolgung der Kartellpolitik in den letzten 40 Jahren kann man dieses Spiel immer und immer wieder verfolgen. Nun ist es aber immer unrichtig gewesen, das Kind gleich mit dem Bade auszuschütten. Die Kartelle haben auch immer positiven, volkswirtschaftlichen Wert gehabt und so würde bei einer völligen Zerschlagung der Kartelle die kleineren und mittleren Betriebe ihres Haltes beraubt und die größeren durch ihre gewonnene Selbständigkeit noch mächtiger werden. Und es ist auch fraglich, ob mit der Wiederherstellung der freien Konkurrenz vieles gewonnen wäre. Eine weitere Folge wäre doch auch die, daß die Trustbewegung einen noch stärkeren Charakter annähme — und es würde damit die Unübersichtlichkeit des Wirtschaftslebens, die man gerade durch die Kartellgesetzgebung beseitigen will, noch größer werden. Diese Gefahr mit einer Trustgesetzgebung zu bannen, ist wohl ausgeschlossen, denn dafür gibt es der Verbindungsmöglichkeiten zu viele, als daß ein Gesetz alle diese Dinge regeln könnte. Dafür liefert Amerika den besten Beweis.

Die christlichen Gewerkschaften machen andere Vorschläge. Sie wollen keine Zerschlagung, sondern eine Kontrolle der Kartelle, und zwar wollen sie u. a. die Vertragsbestimmungen verboten wissen, die Konventionalstrafen für Nichteinhaltung von Kartellbeschlüssen festsetzen. In Kartellkreisen ist man überzeugt, daß, falls eine solche Bestimmung in ein Kartellgesetz aufgenommen würde, damit ebenfalls aller Wahrscheinlichkeit nach alle Kartelle zerschlagen würden, da ohne eine hohe Konventionalstrafe kaum ein Kartellbeschluß durchzuführen sein würde. Die anderen Forderungen (Beseitigung der Risikozuschläge bei Goldmarkfakturierungen, Registrierung sämtl. Kartelle beim Reichswirtschaftsministerium, sowie Uebersendung der Satzungen und Beschlüsse an dieses usw.) werden als richtig angesprochen, sind aber nicht von erheblicher Bedeutung. Es wird wohl schwer sein, auf Grund der Vorschläge der christlichen Gewerkschaften ein solches Kartellgesetz zu schaffen, das den Kartellen das Leben läßt.

Ein dritter Vorschlag kommt aus Kreisen des Reichswirtschaftsministeriums. Er geht dahin, ein Kartellgericht zu schaffen, dem sämtliche Klagen über Kartelle und Kartellstreitigkeiten unterbreitet werden sollen. Man hofft, auf diese Art und Weise einmal vorbeugend zu wirken, zum anderen alle auftauchenden Fragen recht bald zu beheben. Ob das der Fall sein wird, ist naturgemäß schwierig zu sagen, immerhin könnte es versucht werden. Dieser Vorschlag hat auf jeden Fall das für sich, daß er nichts zerschlägt, ohne etwas besseres zur Hand zu haben. Es ist interessant, daß diejenigen Sozialisten, die planwirtschaftlichen Ideen huldigen, diesen Vorschlag unterstützen. Auch die Industrie würde sich mit diesem Vorschlag abfinden. Einzelne Teile würden ihn sogar begrüßen: denn innerhalb der Industrie selbst gibt es viele Kartellgegner.

Welcher Vorschlag, bezw. welche Kombination aus diesen Vorschlägen letzten Endes gesetzt wird, steht noch dahin. Es ist damit zu rechnen, daß mit der Veröffentlichung des Arbeitszeitgesetzes auch die Verordnung über die Kartellregelung erlassen werden wird. Wir möchten der Meinung sein, daß die Regierung auf der einen Seite durch ihre Verordnung dafür Sorge trägt, daß die Auswüchse, die sich im Kartellwesen gezeigt haben, nach Möglichkeit vollständig vermieden werden, und auf der anderen Seite keine Organisation zerschlagen, die trotz mancher Schwächen gutes bewirkt haben.

—(⊙)—

Innere Politik.

Weitere Linksschwenkung der Berliner Sozialdemokratie.

Berlin, 22. Okt. Am gestrigen Sonntag ist die bereits zweimal vertagte Wahl des Bezirksvorstandes Berlin-Brandenburg beendet worden. Die Neuwahl des Vorstandes des Bezirksverbandes ergab einen, wenn auch knappen Sieg der Opposition. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Abg. Künstler gewählt, der 225 von 440 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte. Zu einer teilweise sehr scharfen Auseinandersetzung kam es bei Besprechung der Haltung der Vorwärts-Redaktion in politischen Fragen und der Frage der Reichswehraktion gegen Sachsen. Für die Opposition ging der Landtagsabgeordnete Otto Meyer besonders mit Chefredakteur Stampfer ins Gericht und erklärte, es sei für die Berliner Arbeiterschaft unerträglich, daß in der Frage der Reichswehraktion gegen Sachsen der Vorwärts sich für die Reichswehr, nicht aber für die sächsische Arbeiterschaft eingesetzt habe. Chefredakteur Stampfer trat den Ausführungen energisch entgegen und berief sich in seiner übrigens auch von der Opposition mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Rede auf die Ausführungen des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, der durch die Staatskanzlei am Donnerstag die Vorwärtsredaktion gebeten habbe, daß man bezüglich der Reichswehr keine weiteren Angriffe erheben solle, da neue Tatsachen bekannt geworden seien, welche die Sachlage sehr wesentlich verändert hätten. Ueber den Konflikt zwischen dem Reich und Bayern berichtete der bayerische Landtagsabgeordnete Sänger, der das Verhalten der bayerischen Regierung als einen Treubruch und Verrat am Reich bezeichnete. Wenn man in Bayern jetzt mit dem Schlagwort „Krieg dem Marxismus" operiere, so solle man dort unten nicht vergessen, daß es Marxisten gewesen seien, die während des Krieges die Verantwortung mit übernahmen und sich für das Vaterland eingesetzt haben. Die Marxisten hätten in der Hauptsache die Opfer im Rhein- und Ruhrkampf gebracht.

Am Schluß der politischen Debatte gelangte ein Antrag Aufhäuser-Crispien zur Annahme, der besagt, daß angesichts der offenen Rebellion der bayerischen Regierung gegen die Autorität des Reiches eine weitere Unterdrückung der republikanischen Bevölkerung im übrigen Deutschland unter militärischer Gewalt unerträglich sei. Insbesondere wendet sich der Antrag gegen die neuerdings eingeleitete Reichswehraktion gegen Sachsen. Der Bezirksrat fordert deshalb die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes für das ganze Reich. Im Falle der Ablehnung dieses Verlangens durch die Koalitionsparteien sind die sozialdemokratischen Minister aus der Regierung zurückzuziehen.

*

Wenn man auch mit einigen Forderungen der Berliner Sozialdemokraten einverstanden sein kann, so muß man sich doch gegen die Gleichung Berlin = Deutschland wehren. Wir haben noch zu viel trübe Erinnerungen aus den Berliner Tagen 1918/19 im Gedächtnis, um aus den Direktiven der Berliner Straße anzubequemen.

Die Küstriner Vorgänge vor Gericht.

Kottbus, 23. Okt. Die Verhandlungen gegen die Küstriner Putschisten ging gestern unter Ausschluß der Oeffentlichkeit mit einer Mittagpause bis abends sechs Uhr weiter. In der Hauptsache erfolgte eine ausführliche Vernehmung des Hauptangeschuldigten Majors Buchrucker. Da vor Eintritt in die sachlichen Untersuchungen allen Prozeß-Anwesenden nach der Ausschließung der Oeffentlichkeit Schweigegebot auferlegt war, soweit Fragen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und des Staatsinteresses zur Erörterung stehen, können nähere Angaben über diese Aussagen nicht gemacht werden. Zu einer Meinungsverschiedenheit führte der Zulassungsantrag des Regierungsrats Simons aus dem preußischen Innenministerium, gegen den von der Verteidigung Protest eingelegt wurde, weil es nach Lage der Dinge erforderlich werden könnte, auch die Referenten des preußischen Innenministeriums als Zeugen heranzuziehen. Das Gericht beschloß trotzdem die Zulassung. Von Bedeutung ist noch die Zurückziehung eines Antrags, aufgrund des § 51 des Reichsstrafgesetzbuches Erörterungen über Major Buchrucker anzustellen und einen psychiatrischen Sachverständigen zu laden.

Heute dürften die Vernehmungen der Angeschuldigten abgeschlossen und vielleicht auch in die Beweisaufnahme eingetreten werden können, so daß mit dem Urteil bis Donnerstag gerechnet werden kann.

Die Anklage in dem späteren Prozeß gegen die acht Unteroffiziere und Mannschaften ist aufgrund der §§ 114, 47 des Reichsstrafgesetzbuches und der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 wegen Nötigung erhoben.

*

Das „rote Mitteldeutschland" und die bolschewistische Presse.

Aus Helsingfors wird uns geschrieben: Die bolschewistische Presse verfolgt nach wie vor mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge in Deutschland. Es ist verständlich, daß die Vorgänge in Thüringen und Sachsen hierbei in der bolschewistischen Presse besondere Beachtung finden. Mit großer Befriedigung werden die Bemühungen Zeigners und Fröhlichs registriert, eine einheitliche proletarische Front zur Bekämpfung des „bayerischen Faschismus" zu schaffen. Man hat in Moskau keineswegs die Hoffnung auf einen kommunistischen Umsturz in Deutschland aufgegeben und glaubt, daß die deutsche Regierung demnächst den Belagerungszustand aufheben wird, wodurch sich für die Umsturzbewegung die denkbar günstigsten Aussichten eröffnen würden. Der „Rote Block" in Mitteldeutschland ist das Fundament, von dem aus nach bolschewistischer Anschauung der Umsturz beginnen muß, unter rücksichtsloser Mobilmachung aller kommunistischen Elemente.

—)*(—

Der Kaplan von Heiligenberg.

8) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes
von Hubertus-Kraft Graf Strachwitz.

Aber Ziegler nahm es ernst: „Darauf bin ich stolz. Die Zeiten sind schwer, wer nicht treu zu Rom hält, wird abfallen. Abfall von der Kirche bedeutet ewigen Seelenkonflikt — — und ewige Höllenstrafen."

„Eh, — he." Onkel Heinrich wollte den gestrengen Kaplan lächerlich machen, aber der Hausherr erklärte seinem Vetter drastisch: „Heinrich, störe nicht unsere Gemütlichkeit, wenn du es wünschest, kannst du auch in deinem Zimmer frühstücken."

Der biß sich auf die Lippen, fuhr einige Male mit der Hand über die blanke Schädeldecke, hüstelte und schwieg, denn er aß halb und halb das Gnadenbrot auf Schloß Tannenberg und durfte die Gunst seiner Verwandten nicht verscherzen.

Die Hausherrin aber wußte die Harmonie der Unterhaltung wieder herzustellen: „Ach geht, schämt ihr euch nicht, verkrümelt uns mit der schandhaften Kirchenpolitik unser Frühstück, dabei lacht uns selbst die Sonne aus."

Es war beinahe so. Die Sonnenstrahlen überpurzelten sich ordentlich vor Vergnügen an diesem Hochsommermorgen und umglänzten das altertümliche Stadtgebilde, das zu Füßen der Burg lag, vergoldeten die weiten Felderstrecken, die saftigen Matten, und drangen selbst in die Finsternis der Fichtenwälder an den Bergabhängen ein.

Helene warf zwitschernd eine Frage dazwischen: „Was gibt es Neues im Städtchen?"

Sie interessierte sich im Gegensatz zu ihren etwas reservierten vornehmen Eltern für alles, was drunten vorging, kannte auch die meisten Menschen, besonders die Kinder, die auf den Straßen oder dem Ringe auf sie zueilten und ihr Patschhändchen reichten.

Ziegler gab schnell eine Antwort, die er besser unterdrückt hätte: „Herr von Wernolt hat sich nach Ihrem Befinden erkundigt."

„Ach, der langweilige Referendar!"

Dabei glühte sie auf bis in die Ohrläppchen.

Die Frau Mama sah tadelnd zu Helene hinüber, aber Toni, der Schlingel, deckte Helenes Verlegenheit schonungslos auf: „Lene — — — du wirst ja ganz rot!"

„Pfui, du unartiger Junge," damit sprang sie auf und lief in den Saal hinein.

Ihr Vater pfiff durch die Zähne, dann hob er die Tafel auf: „Kommen Sie, Herr Kaplan, in mein Zimmer. Sie haben heute Pech mit Ihren Antworten, wir wollen uns eine Morgenzigarre anstecken."

9.

Die Herren verließen die Terrasse und durchschritten den Saal, zu dessen rechter Hand ein ebenfalls gewölbter, tiefkantiger Raum lag, das Arbeitszimmer des Schloßherrn. Die Bogen verliefen gotisch in spitzen Winkeln und waren wohl von dem nämlichen Baumeister hochgezogen, wie die Gerippe drüben in der Kapelle. Die Möbel waren ebenfalls gotisch geschnitten, aber neuerer Zeit entstammend. Es war jetzt so Mode. In Neu-Babelsberg, dem kaiserlichen Sommersitz, hatte der englische Schloßstil seinen Einzug gehalten. Nun war er an allen Orten zu finden. Im Reiche entstanden Schlösser, Bahnhöfe, Börsen und andere öffentliche Gebäude in dem nachgeahmten Stil. Hier in Tannenberg war er nur in diesem Zimmer vertreten, aber er paßte zu den Gewölben.

Der Graf wies dem Kaplan einen der hohen Stühle zu und bot ihm eine Zigarre an. Er selbst schritt im Raume auf und ab: „Setzen Sie sich, Hochwürden. Sie wissen, ich liebe es, meine Gedanken im Umhergehen anderen mitzuteilen. — Sie sollen von Berlin hören. Es ist Ihnen wohl bekannt, daß ich bei den letzten Reichstagswahlen ein Mandat abgelehnt habe, da ich mich für eine bestimmte Partei nicht entschließen konnte. Als „Wilder" wollte ich nicht herumlaufen und für die katholische Partei war ich noch nicht reif. Sie sind überrascht, ich war wirklich noch nicht reif. Heute erst erkenne ich klar, Bismarcks Kampfstellung gegen die katholische Kirche, sie treibt mich und viele andere in die Partei des Zentrums. Ich habe Windthorst gesprochen..."

„Ah," Franzl Ziegler sah gespannt auf.

„Ja, Windthorst, auch die beiden Reichensperger, diese prächtigen Brüder, und Mallinckrodt, das führende Quartett. Sie alle sehen düster in die Zukunft und fürchten eine Christenverfolgung moderner Art, und zwar römisch-katholischer Christen."

„Also doch, die Zeitungen lügen nicht?"

„In keiner Weise."

Der Graf eilte mit langen Schritten durch das Gemach und blieb plötzlich vor Ziegler stehen, ihm die rechte Hand mit dem breiten grünen Siegelring schwer auf die Schulter legend. „Ich wollte Ihnen mitteilen — den anderen geistlichen Herren möchte ich es nicht anvertrauen —, ich werde fest zu Ihnen halten, und wenn die Stunde der Gefahr kommen sollte, wenn Sie fliehen müßten —"

„Fliehen — — —," unterbrach Franzl fast schroff, „fliehen — — —"

„Nun, nun, man kann nie wissen, es könnte klüger sein, dann aber steht Ihnen mein Haus offen bei Tag und bei Nacht."

Er trat an seinen mächtigen Schreibtisch heran, wühlte einige mit Notizen bedeckte Zettel hervor und, ohne sich umzuwenden, sprach er weiter: „Es werden in Berlin neue Gesetze vorbereitet, von den liberalen Parteien natürlich, über die Ausbildung und Anstellung der Geistlichen. Sollten diese Gesetze zur Tatsache werden, so dürften große Verwirrungen in unserem Volksleben entstehen. Bismarck drängt, Falk, der neue Kultusminister, der mit seinem glattrasierten Gesicht selbst wie ein katholischer Geistlicher aussieht, schiebt, er ist sein Schildknappe, er wird gegen den Willen des Kaisers vorgehen, die Zivilehe wird eingeführt werden."

„Keine kirchliche Trauung mehr?"

„Wenigstens nicht mehr als Zwang. Kurzum, mein lieber Freund, Sie werden Ihrer ganzen Kraft und Energie bedürfen, um allen bösen Einflüsterungen zu widerstehen. Ich vertraue Ihnen, und wie gesagt, Sie finden bei uns jederzeit ein Refugium."

Damit reichte er ihm die Hand. Franzl fühlte das Ende der Unterhaltung, verbeugte sich und stammelte einige Dankesworte. Ganz verstört durchschritt er den Saal der Terrasse zu.

Fliehen, wovor sollte er denn fliehen! Dann sollten sie ihn lieber gefangen nehmen — — — ein Märtyrer wollte er werden — — — wie die ersten Blutzeugen Christi — — — und wenn es nötig sein sollte — — — lieber sein Leben hingeben. —

(Fortsetzung folgt.)

Katholiken! Werbt für Eure Presse!

Baden.

Ein wertbeständiges Anleihestück und Zahlungsmittel des badischen Staats.

Die badische Finanzverwaltung hat sich entschlossen, alsbald mit einer kurzfristigen wertbeständigen Anleihe herauszukommen, die gleichzeitig als wertbeständiges Zahlungsmittel verwendet werden kann. Die gesetzliche Grundlage für diese finanzpolitische Aktion wird das Staatsministerium auf Grund des § 56 Absatz 2 der badischen Verfassung durch Erlassung eines entsprechenden Notgesetzes schaffen. Die Anleihe ist ein Ersatz der in früheren Zeiten ausgegebenen kurzfristigen Schatzanweisungen, die von den Banken diskontiert wurden. Für Schuld und Zinsen haftet das Land Baden mit seinem ganzen Vermögen. Die Rückzahlung der Anleihe samt Zinsen wird aus den Holzerlösen des Landes erfolgen. Die Anleihe ist kurzfristig gedacht, da sie aus den Holzeinnahmen, sobald diese wieedr reichlich fließen, sofort eingelöst werden soll. Es ist in Aussicht genommen, sie auf den 2. Mai 1927 zurückzuzahlen. Die Anleihe wird selbstverständlich wertbeständig sein. Die Regierung hat, dem Beispiel des Reiches folgend, beschlossen, die Anleihe in Gold aufzulegen und sie in Stücken auf den Markt zu bringen, die auf dem nordamerikanischen Dollar entsprechende Beträge von 4,20 und 8,40 Goldmark lauten. Auf diese Weis wird sie, da man allgemein sich bei uns daran gewöhnt hat, den Wert der Papiermark nach dem Dollar zu bemessen, der Aufnahme in weitesten Volkskreisen sicher sein. Dieser Hoffnung trägt auch die kleine Stückelung von 1 und 2 Dollar Rechnung.

Die verhältnismäßig kurze Umlaufsfrist der Anleihe, ihre Wertbeständigkeit, ihre Stückelung in kleine Beträge, sowie ihre Aufmachung ohne Zinsscheine — der Zins wird am Tage der Rückzahlung der Anleihe dem Kapital zugeschlagen — und die Ausführung in Banknotengröße wird ihr eine große und rasche Umlaufsfähigkeit verleihen, so daß sie wohl bald im Verkehr als beliebtes Zahlungsmittel benützt wird. Es darf in einer Zeit, wo die Papiermark als Zahlungsmittel mehr und mehr zurückgewiesen wird, die Hoffnung ausgesprochen werden, daß insbesondere die Landwirte derartige wertbeständige und leicht umlaufsfähige Anleihestücke gerne an Zahlungsstatt annehmen werden. Auf diese Weise würde, was im Interesse der Ernährung unseres Volkes aufs lebhafteste zu begrüßen wäre, die wünschenswerte Mobilisierung der Ernte erreicht.

Die Anleihe wird zunächst in einem Gesamtbetrag von 2 100 000 Mk. Gold (500 000 nordamerikanische Dollar) auf den Markt gebracht.

Einheitsfront der Linken?

Unter der Ueberschrift „Bürgerliche Nervosität" kommt der Volksfreund noch einmal auf die Versammlung der Betriebsräte von Karlsruhe-Durlach zu sprechen und meint, der Bad. Beob. habe unrichtigerweise aus dem Bericht im Volksfreund herausgelesen, daß die Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten hergestellt worden sei. Wir bitten den Volksfreund unseren Artikel in der Samstagsnummer noch einmal zu lesen, dann wird er sich überzeugen, daß der Bad. Beob. in keiner Weise davon geschrieben hat, daß diese Einheitsfront schon hergestellt sei, sondern nur davon, daß solche Bestrebungen in Berlin wie in Karlsruhe vorhanden seien. Vielleicht hat man aber im Volksfreund das Bedürfnis empfunden, sich noch einmal und zwar klarer als das erstemal darüber auszusprechen, welche Aussicht eine solche Einheitsfront bei der Sozialdemokratie habe. Er schreibt nämlich darüber:

Schöpflin hat die „Einheitsfront" als nicht möglich erklärt, weil die sachlichen und sonstigen Gegensätze viel zu groß sind. Um das nur an einem Beispiel zu erklären: die badischen wie die Karlsruher Sozialdemokraten stehen in ihrer überwiegenden Mehrheit taktisch auf dem Boden der Koalition, die sich in Baden seit dem Jahre 1919 durchaus bewährt hat. Die Kommunisten lehnen das entschieden ab. Solange die Voraussetzungen für die jetzige Koalition in Baden gegeben sind, denken wir gar nicht daran, den Zustand zu ändern, woran auch eine Besserung im gegenseitigen Umgang zwischen den Kommunisten und uns nichts ändern wird. Außerdem: die Auffassung über das Verhältnis zum heutigen Staat ist zwischen den Kommunisten und uns eine derart verschiedene, daß die „Einheitsfront" schon daran scheitern muß, ebenso an gewissen Parolen und taktischen Unternehmungen der Kommunisten. Aber, kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter und Angestellte haben in Zeiten besonderer politischer und wirtschaftlicher Gefahr ein solch starkes gemeinsames Klasseninteresse, daß die taktische Verständigung für gefahrvolle Situationen natürlich und wünschenswert ist, wie wir sie gelegentlich auch bei den bürgerlichen Koalitionsparteien konstatieren können, wenn Interessen der bürgerlichen Gesellschaftsschichten zu entscheiden sind. Warum also so nervös?

Wir sind nicht nervös. Vielleicht darf man dazu aber doch fragen, warum in jener Versammlung einstimmig eine Entschließung angenommen wurde, in der es u. a. heißt: „Die Versammlung spricht den sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsregierungen (in Sachsen und Thüringen) ihr volles Vertrauen aus"?

Unberechtigte Kritik.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Haas sprach am letzten Freitag in einer Mitgliederversammlung der demokratischen Partei über die politische Entwicklung der letzten Zeit. Dabei setzte er sich, wie wir einem Pressebericht entnehmen, mit einem Artikel der Badischen Presse auseinander, der gegen die Mitglieder des Reichstags allgemein ganz ungerechtfertigte Vorwürfe erhoben habe. Es fehlten, so führte Dr. Haas aus, in der betr. Sitzung, die schließlich vertagt wurde, weil man eine sichere Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz wollte, eigentlich nur eine größere Anzahl Zentrumsabgeordneter, die im Rheinland weilten, wo ihre Anwesenheit sehr dringend notwendig war. Von der demokratischen Partei fehlte nur Abg. Bernstorff, der im Haag bei den Verhandlungen der interparlamentarischen Union anwesend war und der erkrankte Abg. Sivkovich. Es sei ein gefährliches Spiel in solcher Weise und in solcher Zeit das Ansehen einer gesetzlichen Instanz wie des Reichstags, zu untergraben.

Die Polizeigewalt in den Gemeinden.

Unter Hinweis auf vorkommende Beschwerdung über Nichteingreifen der Polizei schreibt die Karlsruher Ztg. Nr. 244:

Bei Störungen der öffentlichen Ordnung sind in den Städten mit Staatspolizei die staatlichen Polizeidirektionen amtierende Behörde; in allen anderen Städten und Gemeinden aber obliegt die polizeiliche Aufgabe für den Schutz der öffentlichen Sicherheit der Gemeindeverwaltung. Selbstverständlich hat der Staat die Verpflichtung, bei Störungen der öffentlichen Sicherheit größeren Umfangs den Gemeindeverwaltungen auf Anruf Hilfe zu schicken, sei es, daß die Ortspolizei dann durch Gendamerie verstärkt wird, oder aber Sicherheitspolizei zu Hilfe kommt. Die Durchführung des Ausnahmezustandes z. B. obliegt in den Gemeinden ohne Staatspolizei den gemeindlichen Ortspolizeibehörden; dem Verbot öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel hat somit das Gemeindeoberhaupt Geltung zu verschaffen. Wo dies nicht geschieht, kann es, sofern der Ausnahmezustand der Befehlsgewalt der Reichswehr übertragen ist, von dem kommandierenden General zur Rechenschaft gezogen werden. Daraus ergibt sich, wie unsinnig es ist, Klage darüber zu führen, wenn da und dort in den mittleren Städten des Landes unter Mißachtung des Versammlungsverbots öffentliche Versammlungen stattfinden. Solche zu verbieten, steht dem Oberhaupt der Gemeinde und nicht der Landesregierung zu, vorausgesetzt natürlich, daß durch die Abhaltung solcher Versammlungen in der jetzigen Zeit eine Gefahr zur Störung der allgemeinen Ordnung erblickt wird.

—)*(—

Eine internationale Gebetsnovene der katholischen Frauen der Welt.

Von Hedwig Dransfeld.

(Nachdruck erbeten.)

Es ist zweifellos eine Tat: der Aufruf zur Veranstaltung einer Gebetsnovene (neuntägige Andacht), den die Leitung der Internationalen Vereinigung der katholischen Frauenbünde veröffentlicht. Diese Tat geht von Holland aus, da die gegenwärtige Präsidentin, Frau Steenberghe-Engeringh, in Utrecht wohnt. Der internationalen Vereinigung sind fast alle katholischen Frauenorganisationen der Welt angeschlossen, auch zahlreiche deutsche.

Zur Novene aufgerufen aber werden nicht nur die angeschlossenen Organisationen, sondern die katholischen Frauen aller Länder in ihrer Gesamtheit. Die Novene soll am 24. Oktober beginnen und am Feste Allerheiligen möglichst mit einer hl. Kommunion enden, und sie soll der Erflehung des Weltfriedens dienen. Als Gebete werden vorgeschlagen:

1. Das Friedensgebet des Papstes Benedikt XV. (mit den entsprechenden Aenderungen);
2. das Gebet zum hl. Michael, das nach der hl. Messe verrichtet wird;
3. die Anrufung: „Alle Heiligen Gottes, bittet für uns," womit, je nach den verschiedenen Gebieten und Staaten, eine Anrufung der Landespatrone verbunden werden könnte.

Es ist ein ergreifender Gedanke, zu wissen, daß alle katholischen Frauen, sei es in den neutralen, sei es in den früher feindlichen Staaten, nun neun Tage lang niederknien werden, um gemeinsam von der göttlichen Barmherzigkeit den Weltfrieden zu erflehen. Wenn die Gebete aus tiefster Andacht heraus verrichtet werden, dann müssen sie, insbesondere das päpstliche Friedensgebet, auch zur Läuterung der Seele dienen: daß Haßgedanken wie Schlacken von ihr abfallen und die Ueberzeugung von dem heiligen und furchtbar ernsten Gottesgebot der gegenseitigen Liebe und des Versöhnungswillens in ihr emporwachsen. Wenn diese Novene zur Folge hat, daß ein Strom neuer Versöhnungsgedanken aus Hunderttausenden von betenden Frauenherzen sich in die Volksseele und Völkerseelen ergießt, dann wird sie in die Leidensgeschichte Europas eine segensreiche Spur einzeichnen. Mag diese Spur auch vielleicht zunächst nicht sichtbar werden — denn auch das Samenkorn muß ja im Dunkel der Erde den Keim treiben, aus dem später die Ernte emporwächst.

Wir katholische Frauen Deutschlands, die wir augenblicklich gewissermaßen im Zentrum der Weltnot stehen, haben besonderen Grund, dem Aufruf der internationalen Vereinigung der katholischen Frauenbünde zu folgen. Und wir sollten das wundervolle Friedensgebet Papst Benedikt XV., das wir so lange mit Inbrunst gebetet haben, in unserer Erinnerung und in unseren täglichen Gebeten von neuem auffrischen. Es paßt mit seinen ehernen, gewaltigen Worten, die keinen anklagen, aber alle in erschütternder Bitte zur gleichen Friedenstat rufen, für uns heute wie früher in der Zeit des Krieges. Deshalb sei es für unser ganzes katholisches Volk nochmals hier wiedergegeben.

Die Internationale Vereinigung der katholischen Frauenbünde schlägt „entsprechende Aenderungen" vor. Wir verzeichnen das Friedensgebet deshalb in der Form, wie es der Schweizerische Katholische Frauenbund für die Gebetsnovene veröffentlicht (in der ersten Zeile sind die Worte „eines Krieges" durch „des Haders" ersetzt, nach dem zweiten Absatz und vor dem dritten Absatz sind die direkten Hinweise auf den Krieg fortgelassen):

In der Angst und Not des Haders, der die Völker und Nationen in ihrem Bestande bedroht, fliehen wir, o Jesus, zu deinem so liebevollen Herzen, als zu unserem sichersten Zufluchtsorte. Zu dir, o Gott der Barmherzigkeit, flehen wir mit Inbrunst: wende ab diese schreckliche Geißel! Zu dir, o Friedenskönig, rufen wir in inständigem Gebete: gib uns bald den ersehnten Frieden!

Von deinem göttlichen Herzen aus ließest du auf der ganzen Welt die heilige Liebe erstrahlen, damit jegliche Zwietracht schwinde und unter den Menschen nur die Liebe herrsche. Dein Herz schlug, da du auf Erden weiltest, voll zarten Mitleids für alle menschliche Not. Ach möge dein Herz sich unser erbarmen auch in dieser Stunde, die schwer auf uns lastet mit ihrem verhängnisvollen Hasse.

Erbarme dich des unglücklichen Europas, über das so schweres Verhängnis hereingebrochen ist!

Gib du den Herrschern und den Völkern Gedanken des Friedens ein; laß aufhören den Streit, der die Nationen entzweit; mach, daß die Menschen in Liebe sich wieder zusammenfinden; gedenke, daß du sie um den Preis deines Blutes zu Brüdern gemacht! Einst hast du auf den Hilferuf des Apostels Petrus: „Rette uns, o Herr, denn wir gehen zu Grunde" voll Liebe gehört und den empörten Meereswogen Ruhe geboten; o so laß dich auch heute versöhnen, erhöre gnädig unser vertrauensvolles Gebet und gib der stürmisch bewegten Welt wieder Ruhe und Frieden.

Und du, allerseligste Jungfrau, wie früher in den Zeiten größter Not, so hilf uns auch jetzt! Beschütze und rette uns. Amen.

—)*(—

Chronik.

Baden.

Offenburg, 22. Oktober.

Das Offenburger Tagblatt ist vom Montag bis Mittwoch verboten worden, weil ein Artikel über die Vorgänge in Düsseldorf mit der Unterschrift des Kommandanten des Gebietes Offenburg und mit der Aufschrift des Stabes versehen war. — Der Bürgerausschuß beschäftigte sich mit der Frage der Aufbringung von täglich 1500 Franken, die von den Gemeinden des Brückenkopfes Kehl zur Deckung der Besatzungskosten angefordert werden. Bis zum 11. Januar ds. Js. waren die Kosten der französischen Besatzung vom Reich bezahlt worden, mit der Besetzung des Ruhrgebiets sind sie aber eingestellt worden.

Freiburg, 22. Oktober.

Die Oberin des hiesigen Josefskrankenhauses, Schwester Eugenia, konnte ihr goldenes Ordensjubiläum feiern.

Die Stadtverwaltung gibt bekannt, daß durch die Weigerung eines großen Teils der Einwohnerschaft die auf Gaspreisgrundlage stark erhöhten Müll-, Kanal-, Straßenreinigungs- u. Wassergebühren zu zahlen, die Ausstände in Höhe von ungefähr zwei Billionen hat. Infolgedessen ist es der Stadtverwaltung nicht möglich, die Gehaltsnachzahlungen und Lohnzahlungen pünktlich zu leisten. Wenn die Bevölkerung ihren Zahlungen nicht alsbald nachkomme, müßten die städtischen Werke in wenigen Tagen ganz zum Stillstand kommen. (Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die Stadt Freiburg wegen dieser hohen Gebühren ein Verfahren eingeleitet.)

Schopfheim, 20. Oktober.

Das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat die Grenze für die Einfuhr von Markgräfler Wein gesperrt. Es besteht zwar seit längerer Zeit ein Einfuhrverbot für Wein, das aber an der französischen Grenze nicht gehandhabt wird, sodaß dort der Import von französischen, spanischen, auch Tiroler und Italiener Weine ungehindert erfolgen kann. Es hat sich deshalb in dem der Schweiz benachbarten deutschen Weingebiet eine ziemliche Erregung bemächtigt, weil die badischen Gemeinden mit Hilfe der Weinausfuhr ihre Milchschulden gegenüber der Schweiz abtragen wollten.

Bonndorf, 19. Okt.

In unserer Gegend herrscht seit einigen Tagen reges Treiben. Man ist auf die Spur von Wildschweinen gekommen, die schon längere Zeit erhebliche Verwüstungen auf den Feldern anrichteten. Ganze Kartoffelfelder wurden von ihnen abgeerntet. Die Jäger sind ihnen eifrig auf den Fersen, doch hatten sie bis jetzt noch kein „Schweineglück".

Ludwigshafen (Bodensee), 20. Okt.

Einen tragischen Tod, der in den heutigen furchtbaren Zeitumständen begründet ist, hat die Privatlehrerin Karolina Schulz gefunden. Sie hatte einst bessere Tage gesehen und hatte viele Reisen in der Welt gemacht. Nachdem ihre Ersparnisse dahingeschmolzen waren, wurde ihr von einer amerikanischen Dame eine Stelle als Reisebegleiterin nach der Schweiz und Italien angeboten. Sie lehnte aber mit dem Bemerken ab, sie sei lange genug gereist und möchte jetzt einmal Ruhe haben. Als ihr Vermögen auf 50 Franken zusammengeschmolzen war, suchte sie den Tod im Bodensee und bestimmte, daß dieser Betrag zur Bestreitung der Begräbniskosten verwendet werde.

Ostersheim bei Schwetzingen, 22. Okt.

Beim zweiten Wahlgang der Bürgermeisterwahl wurde Oberverwaltungsinspektor Severin Werner aus Mannheim mit den Stimmen der Bürgerpartei und der Zentrumspartei gewählt. Die Sozialdemokraten hatten weiße Zettel abgegeben.

*

Die Brotverteilung.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Um dem bedürftigen Teile der Bevölkerung den Bezug von Brot nach Fortfall der öffentlichen Brotversorgung zu erleichtern, hat die Reichsregierung folgende Anordnungen getroffen: Für kinderreiche Familien findet eine Verbilligung des Brotes statt in Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern. Berücksichtigt werden dürfen nur besonders bedürftige Familien und zwar, wenn der Vater noch lebt, das 4. Kind und weitere Kinder, wenn der Vater nicht mehr lebt, das 3. Kind und weitere Kinder. Ausgeschlossen sind Kinder über 16 Jahren und solche von Brotselbstversorgern, auch Teilselbstversorgern. Die Verbilligung darf für das Kind wöchentlich 40 v. H. des Preises für 4 Pfund Brot nicht übersteigen. Die Auswahl der Familien haben die Gemeinden im Benehmen mit den in der öffentlichen Fürsorge tätigen Stellen und Personen zu treffen. Eine Brotverbilligung für andere ebenfalls bedürftige Kreise ist nicht vorgesehen. Dagegen wird der Bezug des Brotes für die nachstehenden Bevölkerungskreise durch folgende Maßnahmen erleichtert: Für die Sozial- und Kleinrentner sollen die am 15. Oktober fälligen Halbmonatsbezüge nach der neuesten Reichsrichtzahl berechnet und dadurch erhöht werden. Außerdem erhalten die Sozial- und Kleinrentner am 22. Oktober eine weitere Unterstützung. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird es möglich sein, auch die Unfallrenten aufzuwerten. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erhalten durch die Fürsorgestelle neben der Erhöhung der Zusatzrenten eine weitere Zwischenzahlung. Die Sätze der Erwerbslosenunterstützung werden dem Stand der Mark schneller und besser angepaßt und zugleich in ihren Grundbeträgen erhöht.

Aus andern deutschen Staaten.

Stuttgart, 20. Okt. Ueber die deutsch-feindliche Propaganda, die in den letzten Tagen von Stuttgart aus betrieben wurde, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß als Verteilungsstelle in einigen Fällen das französische Generalkonsulat in Stuttgart ermittelt worden ist. Die Angelegenheit sei den Behörden schon seit einiger Zeit bekannt gewesen und die württembergische Regierung habe alsbald bei der Reichsregierung entsprechende Schritte eingeleitet.

Stuttgart, 22. Okt. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist gegen die Stadtverwaltung Stuttgart wegen wucherischer Preistreiberei bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden.

Aus dem Ausland.

London, 20. Okt. Ein Individuum, das einen Beamten tätlich angriff und ihm einen Betrag von 120 Pfund raubte, ist von dem Gericht zu 11 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Außerdem soll er 20 Peitschenhiebe erhalten.

London, 20. Okt. Das Postflugzeug, das den Luftverkehr zwischen Rotterdam und London versieht, ist gestern bei Goodwins ins Meer gestürzt. Die drei Insassen und der Pilot konnten durch einen Dampfer gerettet werden. Das Flugzeug und die Postsäcke sind verloren.

—(*)—

Karlsruhe.

=:= **Ernennung.** Zum Vorsitzenden des Verwaltsrats der Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte wurde Verbandsgeschäftsführer Christian Grampp in Karlsruhe ernannt.

Das dritte Quartal der Auslandshilfe. Die Freunde und Gönner Deutschlands im Auslande haben außer einer weitgehenden Ruhrspende wiederum der allgemeinen Not unseres Vaterlandes gedacht und in großherziger Weise alle Wohlfahrtsstellen und -Heime ausreichend bedacht. So wurden durch Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes allein in dem Bereiche des Freistaates Baden folgende Spenden zur Verteilung gebracht: 2 Sack Mehl, 47 Ballen Kleidung, 4 Kolli Liebesgaben, 3 Sack Reis, 20 Kartons Apfelflocken. Den edlen Spendern sei auch in dieser Stelle herzlichst gedankt.

::: **Gas- und Strompreise in Karlsruhe.** Die Nachricht über den Wegfall der Kohlensteuer und Ermäßigung der Grundzahlen für Kohlen hat allenthalben die Hoffnung hervorgerufen, daß nunmehr eine Senkung der Kohlenpreise und auch der Erzeugnisse aus denselben, einschl. des Gases und elektrischen Stromes möglich sein wird. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Für Karlsruhe, das ja bekanntlich in Bezug auf die Kohlenbelieferung mit an ungünstigster Stelle in Deutschland liegt, bewirken die beiden letzten Frachterhöhungen vom 13. und 18. Okt., welche gegenüber dem Stande vom 12. Oktober etwa das 15fache betragen, daß die Gestehungskosten für Kohlen frei Werk auch bei gleichbleibendem Markstand, höher sind, als früher und infolge dessen nicht nur nicht eine Ermäßigung der Gas- und Strompreise, sondern sogar eine Erhöhung bringen. Verschiedentlich hörte man in den letzten Tagen, daß Mannheim die Gas- und Strompreise herabgesetzt habe. Mannheim erhebt die Gas- und Stromgebühren nach Goldpfennigen und hat tatsächlich die kurzzeitig erhöhte Gebühr von 27 bezw. 78 Goldpfennigen auf 22 und 65 wieder ermäßigt. Trotz dieser Ermäßigung sind in Papiermark umgerechnet, die Mannheimer Preise viel höher als die Karlsruhe. Dasselbe trifft für Stuttgart zu. Dort kostete am 19. d. M. der Kubikmeter Gas 270 Millionen, während er in Karlsruhe nur 145 Millionen kostete. Heute wird in Stuttgart das Gas mit 600 Millionen die Kilowattstunde Licht mit 1600 Millionen berechnet, während in Karlsruhe 300 Millionen für den Kubikmeter Gas und 700 Millionen für die Kilowattstunde Licht zu bezahlen sind. Berechnet man die derzeitigen Karlsruher Kreise zum amtlichen Kurs vom 19. d. M. in Goldpfennige um, dann ergeben sich für das 10½ und für Lichtstrom 24½ Pfennige, bleiben also weit unter den Vorkriegspreisen. Nach diesen Darlegungen besteht für die Karlsruher Einwohnerschaft kein Grund zur Beunruhigung über die hohen Gas- und Strompreise.

.:. **Falsche 500-Millionenscheine.** Seit einiger Zeit sind in einigen Städten gefälschte 500-Millionenscheine der Ausgabe von 1. 9. 23 in Umlauf. Die Fälschungen sind sehr leicht als solche kenntlich. Sie zeigen einen außerordentlich verschwommenen Druck und auffallend abstechende Zweifarbentönung.

:: **Unfug.** Am Sonntag nachmittag wurde von einem Kaufmannslehrling und einem Volksschüler der Feuermelder am Hause Kaiser-Allee 59 mutwilligerweise eingeschlagen, worauf ein Unbekannter die Feuerwache unnötig alarmierte.

:: **Schwere Ausschreitung.** Als am Samstag abend der Polizeiposten vor der Bildergalerie in der Hans-Thomastraße einen ledigen Kaufmann von hier von der Begehung eines groben Unfugs abhalten wollte, versetzte ihm dieser mit einem Messer einen Stich in die Weichteile des linken Auges und verletzte ihn schwer. Der Täter ist verhaftet.

:: **Schießerei.** Am Sonntag abend gab ein Schiffer in angetrunkenem Zustande ohne jeden Grund vom Eingang einer Wirtschaft in Daxlanden auf die im Saale befindlichen Gäste aus einer Pistole etwa 12 scharfe Schüsse ab und flüchtete in den von den Franzosen besetzten Rheinhafen. Ein lediger Kesselschmied aus Daxlanden erhielt einen Steckschuß in den rechten Oberarm

—(*)—

Veranstaltungen.

Landestheater. Am Sonntag, den 28. d. M., findet ein außergewöhnlich interessantes Gastspiel statt und zwar wird der berühmte Baritonist der Berliner Staatsoper, Heinrich Schlusnus, in einer seiner Glanzpartien, nämlich als „Rigoletto", gastieren.

„Der Marquis von Keith", das tragisch-groteske Schauspiel Frank Wedekinds, geht am Donnerstag, den 25. Oktober (Abonnement B 5) zum drittenmal in Szene. Shakespeare hier seit 20 Jahren nicht mehr gegebene Komödie „Der Widerspenstigen Zähmung" wird am Samstag, den 27. Oktober, neueinstudiert zur ersten Aufführung kommen.

Im Konzerthaus wird am Sonntag, 28. Okt., Meyer-Försters Schauspiel „Alt-Heidelberg" wiederholt. — Als nächste Klassiker-Neueinstudierung ist für Ende November Goethes „Faust", erster Teil in Vorbereitung.

—)*(—

Gerichtssaal.

:=: **Freiburg**, 20. Okt. Die Unterschleife bei der Freiburger Brennstoffversorgung haben jetzt die Strafkammer beschäftigt. Der Hauptangeklagte war der 44jährige Kaufmann Eugen Koke in Berlin und neben ihm saß der 28jährige Kaufmann Leopold Jakob Gräber aus Karlsruhe auf der Anklagebank. Trotz der ungefähr 1½jährigen Untersuchung ist es nicht gelungen, in alle Einzelheiten Aufklärung hinein zu bringen. Dem Angeklagten Koke wurde zur Last gelegt, daß er das städtische Rechnungsamt veranlaßte, Beträge in Höhe von etwa 30 000 Mk. fur angebliche Holzsendungen an die Stadt zu bezahlen, obwohl dieses Holz niemals an die Stadt gelangt war. Außerdem sollen beide Angeklagte unter Mißbrauch städtischer Ausfuhrbewilligungen Holzausfuhren und Holzverkäufe nach der Schweiz vorgenommen haben. Koke war die städtische Brennstoffversorgung unterstellt. Das Urteil lautete gegen Koke auf ein Jahr Gefängnis und gegen Gräber auf sechs Monate Gefängnis.

—(⊙)—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Handel und Volkswirtschaft.

Handel und Volkswirtschaft.

Berlin, 22. Okt. (Börsenstimmungsbild.) Der Zusammenbruch der Papiermarkwährung schreitet in erschreckendem Tempo fort. Der äußere Anstoß bei der zu Beginn dieser Woche einsetzenden enormen Devisenhausse gab die Verschärfung des Konflikts zwischen der bayerischen und der Reichsregierung und der Putsch in Aachen. Die Generalstreikpropaganda gibt außerdem den Ausschlag zu einer schwülen Katastrophenstimmung in der Reichshauptstadt, die naturgemäß auch den Börsenverkehr nachhaltig beeinflußte. Die Reichsbank stand der sprunghaften Steigerung der Devisen machtlos gegenüber. Im Verlaufe der Börse trat allerdings eine leichte Senkung ein, da die Nachrichten aus dem Westen erkennen lassen, daß die Ausrufung der rheinischen Republik nur eine abgegrenzte Bedeutung aufweist.

Amtliche Berliner Devisenkurse, 22. 10. 23. mitt. 2 Uhr

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterdam	15.659 Milld	15.561 Mill	Spanien	5346630000	5373470000
Brüssel	2.074900000	2045100000	Deutsch-Oest	564.585	567415.—
Kristiania	6,144600000	6175400000	Prag	1 185030 00.—	1190970000
Kopenhagen	6,9426 0000	5977400000	Budapest	—	—
Stockholm	10,437750000	10.525 Mill	BuenosAires	19,7 Milld.	19,8 Milld.
Helsingfors	1.055735000	1062651000	Sofia	381625000	383375 00.
Italien	1.789515000	1798485000	Tokio	19551000	19649000
London	179.550 Milld.	180,4 Milld.	Riode Janeiro	3650850	3660150
New-York	39,900 Milld.	40,1 Milld.	Warschau	—	—
Paris	2 342130000	2353870000	Lissabon	1595000.—	16 4000
Schweiz	7,112 175 000	7147325000	Agram	484185000	487815000

Ohne Gewähr! **Frankfurt** Ohne Gewähr!

Die Kurse verstehen sich für 100 Mill. Prozent.

	19. 10. 23	22. 10. 23		19. 10. 23	22. 10. 23
Bad. Bank	—	—	Lahmeyer	350	750
Darmst. Bank	120	500	Licht u. Kraft	—	800
Deutsche Bank	240	800	Meguin	200	—
Diskonto-Bank	320	1400	Mainkraft	100	150
Dresd. Bank	100	400	Mansfelder	300	900
Oest. Kred.-Anst.	195	130	Badenia	45	75
Rhein.Kred.-Bank	80	180	Daimler	60	195
Südd. Disk.-Ges.	120	300	Bad. Durlach	400	2000
Wiener Bankv.	157,5	900	Gritzner	—	1300
Badenwerk Kohlenanl.	550	1400	Haid u. Neu	—	—
Adler Kleyer	60	170	Karlsr. Masch.	140	400
A. E. G.	215	550	Moenus Masch.	32,5	100
Anglo Guano	—	—	Motoren Deutz	300	—
Bad. Anilin	475	1700	Nordd. Lloyd	210	675
Benz	85	400	Oleawerke	600	500
Bergmann	420	1000	Pfälz. Näh. Kays.	100	400
Bingwerke	180	500	Phönix	120	—
Buderus	500	2000	Reiniger Gebr.	90	400
Caro	580	1900	Rh. Elektra	100	500
Chem. Griesheim	360	1400	Rh. Metallw.	39	850
Dt. Eisenhandel	150	350	Riebeck Montan	—	5000
Deutsch.-Lux.	3000	6200	Rütgers.	520	1350
Eisenw. Kaisersl.	60	—	Salzw. Heilbr.	2000	6000
Elberf. Farben	—	—	Schnellpr. Frank.	350	500
Elektr. Lief.	130	400	Schuckert	—	—
Emag	20	100	Schuh. Herz.	40	100
Essl. Masch.	10	—	Schuh. Berneiss	40	100
Frankf. Pokorny	80	180	Sichel	190	550
Felten u. Guill.	850	—	Siemens Halske	—	—
Gebr. Fahr	180	180	Hammersen	160	360
Gelsenk.Bergw.	—	7500	Els. Bad. Wolle	100	—
Blei u. Silb. Braub.	—	—	Ettl. Spinnerei.	—	—
Gummipeter	350	1000	Stahlw. Becker	270	1000
Hanf Füssen	400	—	Stoeckicht Gum	130	550
Hapag	—	3500	Uhren Furtw.	300	450
Harp. Bergb.	2300	9500	Uhren Furtwgl.	100	450
Hedd. Kupfer	100	100	Voigt & Häffner	51	90
Heidelb. Zement	120	450	Waggon Fuchs	45	200
Hoch u. Tief	—	260	Wayss u. Freytag	100	430
Höchster Farben	360	1250	Zellstoff Waldh.	240	650
Holzmann	70	—	Zucker Frankthl.	190	900
Holzverkohlung	30	1200	Zucker Heilbronn	160	600
Junghans	100	1500	Zucker Rheingau	100	800
Kali Westerr.	700	—	ZuckerStuttgart	150	600
Kammg. Kaisersl.	—	—	Zucker Wagh.	135	600
Krauss & Co	300	900			

Geschäftsbedingungen der Reichsbank.

Das Reichsbankdirektorium hat folgende Bedingungen für den Reichsbankverkehr erlassen:

1. Alle Giroaufträge (Bar- und Verrechnungsschecks, Ueberweisungen, Nichtkonteneinzahlungen, Einzahlungen zur Wiederauszahlung) müssen künftig lauten auf mindestens 500 000 000 Mk. 2. Ueberweisungsaufträge — im Platz- und auswärtigen Verkehr — bis zu 50 000 000 000 Mark — müssen ausnahmslos bis 10 Uhr vormittags eingeliefert sein, wenn sie noch am gleichen Tage ausgeführt werden sollen. Werden nach 10 Uhr Sammelüberweisungen eingeliefert, bei welchen die durch einen Scheck gedeckten Sammelbogen Beträge bis zu 50 Milliarden enthalten, so werden sie sämtlich erst am nächsten Tage ausgeführt. Es empfiehlt sich also, die kleineren und größeren Posten stets zu trennen. 3. Vorausüberweisungen (durch Eilbrief) werden nur ausgeführt, wenn sie mindestens auf 500 000 000 000 Mk. lauten. Gebühr zehnfaches Fernbriefporto, d. h. zur Zeit 100 000 000 Mk. 4. Bestätigungen von weißen Schecks werden nur bei Beträgen von mindestens 500 000 000 000 Mk. vorgenommen. Die Anträge müssen spätestens bis 11 Uhr vorliegen. Später eingelieferte Schecks können nicht mehr bestätigt werden. Für die Scheckbestätigung wird eine Gebühr berechnet in Höhe des 10fachen des jeweiligen Portos für einen einfachen Fernbrief, zur Zeit also 50 000 000 Mk.

Verordnung über Sicherstellung des Warenumlaufs.

Berlin, 23. Okt. Aufgrund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung eine Verordnung zur Sicherstellung des Warenumlaufs erlassen. Zuwiderhandlungen werden mit Geld- und Freiheitsstrafen bedroht.

Frachtermäßigung für frisches Obst in Stückgutsendungen.

Mit Gültigkeit vom 16. Oktober 1923 bis auf jederzeitigen Widerruf, längstens bis 31. Dezember 1923, tritt für frisches Obst (ausgenommen Südfrüchte und Weintrauben) bei Auflieferung als Stückgut im Verkehr der deutschen Reichsbahnstationen untereinander ein neuer Ausnahmetarif 14a in Kraft. Er gewährt etwa eine Ermäßigung um 33⅓ Prozent gegenüber den bisherigen Fratchsätzen.

Handwerk und Rentenbank.

Hannover, 22. Okt. Nach dem Wortlaut der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank besteht kein Zweifel daran, daß auch das deutsche Handwerk entgegen dem ursprünglichen Entwurf an der Rentenbank beteiligt wird. Durch Nachrichten über die Nichtbeteiligung des Handwerks ist die Oeffentlichkeit irregeführt und im Handwerk starkes Befremden hervorgerufen worden. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat Beschwerde dagegen erhoben, daß er bei Errichtung der Bank übergangen worden ist und auch eine Vertretung im Verwaltungsrat der Rentenbank beansprucht.

*

Hohe Tabakpreise. In Dossenheim bei Heidelberg wurden Tabakgrumpen verwogen und zwar wurde für den Zentner 20 bis 25 Milliarden bezahlt. Was werden erst die Sandbläter und dann erst der Tabak kosten, wenn schon für den Zentner Grumpen ein so hoher Preis bezahlt wird.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 20. Okt.: Karl Fehle, Metzger und Wirt, Ehemann, alt 41 Jahre; Alfred Siedle, Priv., Witwer, alt 79 Jahre; Eugen Reeb, Kaufmann, Ehemann, alt 26 Jahre; Josefine Germann, alt 49 Jahre, Ehefrau des Bürogehilfen Aug. Germann. — 21. Okt.: Anna Kugler, alt 30 Jahre, Ehefrau des Müllers Anton Kugler. — 22. Okt.: Adolf, alt 14 Jahre, Vater Wilh. Becker, Oberschaffner.

(*)

Wirtschaftszahlen.

Dollar in Frankfurt am 22. Oktober im Devisenfreiverkehr: 65 Milliarden.

Dollar in Berlin am 22. Okt. (amtlicher Kurs): 55 860 000 000 (Geld), 56 140 000 000 (Brief).

Goldmark am 22. Okt., berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarbriefkurs, 1 Dollar = 4,20 Mk. Vorkriegswert: 9 547 619 048 Papiermark.

Karlsruher Teuerungszahl (mit Bekleidung): Stichtag 15. Okt.: 768 618 895,97 (Vorwoche: 120 449 647,83).

Badische Teuerungszahl (ohne Bekleidung): Stichtag 15. Okt.: 583 623 643,12 (Vorwoche: 101 643 562,81).

Reichsindexziffer: Stichtag 15. Okt.: 691,9 Mill. (Vorwoche: 109,1 Mill.).

Bad. Einzelhandel: 13 Milliarden.

Großhandels-Teuerungszahl: Stichtag 16. Okt.: 1093 Mill. (Vorwoche: 307,4 Mill.).

Goldzollaufgeld: 20.—23. Okt.: 93 399 990 900 Proz. (Vorwoche: 107 999 999 900 Prozent).

Badischer Gastwirteverband: ¼ Liter neuer Weißwein 700 Mill., Rotwein 900 Mill., Essen in Kleinbetrieben 3000 Mill., in Mittelbetrieben 3500 Mill.

Badische Hotelindustrie: 2000 Mill.

Eisenbahn: Personentarif 600 Mill.; Gütertarif 1000 Mill.

Amtliche Güterbestätterei Karlsruhe: Rollgeld-Grundtarif, berechnet nach dem ersten Goldmarkkurs der Berliner Börse.

Bad. Landestheater: 1500 Mill.

Volksbühne: Gutscheinpreis für 23.—29. Oktober 1700 Millionen.

Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: 2 Mill.

Buchhändlerschlüsselzahl: 10 Milliarden.

Die Schlüsselzahl für Arzneitaxe: für Waren und Gefäße 13,1 Mill., für die Arbeitsvergütung 7 Millionen.

Steuerfragen.

Zollaufgeld und Landabgabe.

Das Goldzollaufgeld wird ab 24. Oktober nicht mehr veröffentlicht. Es gilt von diesem Tag ab der regelmäßige Goldumrechnungssatz wie für alle wertbeständigen Steuern. Dasselbe gilt für die Landabgabe.

(⊙)

Aus dem sozialen Leben.

Erhöhung der Arbeitszeit ist auch für die Behörden.

Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben im Reichsministerium des Innern Besprechungen zwischen der Regierung und den Organisationsvertretern der Beamten und Angestellten über eine Erhöhung der Leistungen bei den Behörden des Reiches, der Länder und der Gemeinden stattgefunden. Die Regierung verlangte eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitsstundenzahl von 48 auf 56. Die Gewerkschaftsvertreter gaben die Erklärung ab, daß über diese Frage erst endgültig verhandelt werden könne, wenn die Regierung über den Entwurf des Beamtenabbaugesetzes schlüssig geworden sei. Wie verlautet ist dieser neue

Zustimmung des Reichsrats zum Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 23. Okt. Der Reichsrat stimmte in seiner gestrigen Sitzung dem Arbeitszeitgesetz zu. Die Vertreter Sachsens und Thüringens gaben Erklärungen gegen die Vorlage ab und versagten ihre Zustimmung. Auch Oberpräsident Höring-Magdeburg und Bürgermeister Richter-Berlin stimmten gegen das Gesetz.

Zur Frage des Beamtenabbaus.

Besprechungen im Reichsfinanzministerium.

Berlin, 22. Okt. Heute vormittag 10 Uhr haben im Reichsfinanzministerium Besprechungen mit den Beamtenorganisationen über das Beamtenabbaugesetz begonnen. Die Aussprache wurde mit einigen kurzen Ausführungen des Reischfinanzministers Dr. Luther eingeleitet. Dieser wies insbesondere darauf hin, wie schwer die finanzielle Lage des Reichs sei, die es notwendig mache, selbst rücksichtslos Sparmaßnahmen eintreten zu lassen. Der Wert der Beamten liege nicht in ihrer Ueberzahl, sondern darin, daß ein tüchtiger und guter Kern von innen dem Staat erhalten bleibe. Ein Beamtenabbau werde sich nicht umgehen lassen.

(*)

Spiel und Sport.

Deutsche Jugendkraft.

D. J. K. Mühlburg — D. J. K. Daxlanden 1:0 (1:0). Ecken 2.2.

Am letzten Sonntag trafen sich obige Mannschaften auf dem Sportplatz der D. J. K. Mühlburg zum Verbandsspiel. Daxlanden komplett, Mühlburg mit 10 Mann. Das Fehlen des Mittelstürmers machte sich bei Mühlburg sehr bemerkbar. Gleich nach Anstoß entwickelte sich ein heftiger Kampf, und in lebhaftem Tempo wanderte das Leder auf und ab, vor den Toren gab es schwierige Situationen, die Verteidigungen verhüteten jedoch jeden Erfolg. In der 10. Minute kommt der Rechtsaußen Mühlburg gut durch, gibt den Ball an den Halbrechten, der denselben geschickt an den Linksaußen weitergibt, der den Ball durch Schrägschuß gut plaziert einsendet. 1:0 für Mühlburg. Aber nun ein schwerer Kampf beiderseits, bei dem Daxlanden etwa eine Viertelstunde leicht überlegen ist. Mühlburg kommt bis Halbzeit wieder mehr auf und hat etwas mehr vom Spiel. Trotz größter Anstrengungen beiderseits bleibt das Resultat bis Halbzeit 1:0 für Mühlburg. Nach Halbzeit muß Mühlburg den Kampf wieder mit 10 Mann durchführen, da der fehlende Mittelstürmer nicht mehr erschienen war. Daxlanden gibt nun bis Schluß alles aus sich heraus und schuf auch heikle Situationen; die Mühlburger Verteidigung arbeitet jedoch glänzend, einmal nimmt der Mühlburger Torwächter einem Daxlander Stürmer 3 Meter vor dem Tor den Ball vor den Füßen weg, ein sicheres Tor verhütend. Bis zum Schluß noch einige Ecken, die nichts mehr einbringen, und beim Stande 1:0 für Mühlburg pfeift der Schiedsrichter das sehr interessante Spiel ab. Daxlanden ist in der Gesamtstärke gut und wird für die kommenden Spiele einen guten Gegner abgeben. Mühlburg hat einen neuen Läufer eingestellt, der sich für das erste Mal ganz gut bewährt. Auch der Linksaußen war in seiner Stellung ganz gut, muß nur noch seine Flanken mehr zurücklegen an seine Stürmer und aufpassen, daß er nicht abseits steht. Mühlburg errang nun mit diesem Spiel zwei weitere Punkte und steht am Schluß der Vorrunde mit 6 Punkten und 15:0 Toren an der Spitze im 2. Bezirk. Herr Gäng leitete das Spiel zur Zufriedenheit. Sch.

Wetterbericht der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch, 24. Okt., nachts: Weiterhin noch meist wolkig und zeitweilig Regen, mild, westliche Winde.

Wasserstände des Rheins am 23. Oktober: Schusterinsel 245, gest. 88; Kehl 323, gest. 68; Maxau 446, gest. 30; Mannheim 317, gest. 8.

(⊙)

Amtliche Anzeigen.

Die Ausführung des Reichsmietengesetzes betr.

Der Bezirksrat Karlsruhe hat die in Hundertsätzen der Grundmiete ausgedrückten Zuschläge für die Berechnung der gesetzlichen Miete für den Landbezirk Karlsruhe mit Wirkung vom 1. Okt. 1923 ab wie folgt festgesetzt:

1. Zuschlag für die Steigerung der Zinsen einer Belastung des Grundstücks und die Steigerung der Kosten bei der Erneuerung der Belastung 120 %;
2. Zuschlag für Verwaltungskosten 20 000 %;
3. Zuschlag für Betriebskosten in Gemeinden ohne Umlage 17 151 000 %;
   in Gemeinden mit einem Umlagefuß bis 5 Mk. 17 151 100 %;
   in Gemeinden mit einem Umlagefuß von über 5—10 Mk. 17 151 200 %;
   in Gemeinden bei höherer Umlage von je 5 Mk. je 100 % mehr.
   Die Festsetzung der Betriebskosten ist ohne Einrechnung der Kosten der Kaminreinigung zu verstehen.
4. Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten 50 000 000 %.
5. Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten 50 000 000 % O.-Z. 117.

Die Bildung der Wassergenossenschaften „Vorderer Egelsee" und „Füllbruch" Gemarkung Teutschneureuth betr.

Es ist bei uns der Antrag auf Bildung einer Wassergenossenschaft „Vorderer Egelsee" für das zwischen dem Hochgestade und dem Weißen Graben gelegene in Privatbesitz befindliche Wiesengelände auf Gemarkung Teutschneureut, sowie der Antrag auf Bildung einer Wassergenossenschaft „Füllbruch" für das zwischen dem Hochgestade und dem Eggensteiner Grenzgraben gelegene in Privatbesitz befindliche Wiesengelände auf Gemarkung Teutschneureut gestellt worden. Die Anträge, mit den dazu gehörigen Vorarbeiten liegen vom 22. Okt. 1923 bis einschl. 5. November 1923 auf dem Rathaus in Teutschneureut öffentlich auf.

Tagfahrt zur Abstimmung über beide Unternehmen ist auf Sonntag, den 11. November 1923, nachmittags 2 Uhr, in das Rathaus in Teutschneureut anberaumt. In beiden Fällen wird bei der Abstimmung das Stimmengewicht nach der Flächengröße der beteiligten Grundstücke bezw. Grundstücksteile berechnet; auf 1 qm Fläche kommt eine Stimme.

In der Abstimmungstagfahrt können auch Dritte, deren Rechte und Interessen durch die Unternehmungen berührt werden, ihre Einwendungen geltend machen und zur Erörterung stellen. O.-Z. 121.

Die Gebühren der Kaminfeger werden mit Wirkung vom 21. ds. Mts. ab auf das 260 000 000fache der Grundgebühren erhöht. O.-Z. 125.

Karlsruhe, 20. Oktober 1923.
Bad. Bezirksamt Abt. III.

Fundsachen betr.

Im Monat September 1923 wurden eine Anzahl Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert, deren Verzeichnis in der Meldestelle angeschlagen und auf Zimmer 6 zur Einsicht aufliegt.

Karlsruhe, 16. Oktober 1923. O.-Z. 123.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Pensionen.

Der nächste Zahltag für die Beamtenpensionäre und -Witwen findet am Mittwoch, den 24. Oktbr. statt. Kassenstunden 9—12 und 3—5 Uhr.
Landeshauptkasse.

Erhöhung der Preise für Markenbrot.

Zur Sicherstellung der Brotversorgung werden bis auf weiteres noch Brotmarken aufgerufen. Für die Woche vom 23. bis einschließlich 29. Okt 1923 die Marken-Nummer **3 und 4** für je 700 Gr. Brot gültig.

Da die Reichsgetreidestelle das zum jeweiligen Tagespreis in Anrechnung bringt, kosten ab **Dienstag, den 23. Oktober ds. Js.:**
700 Gr. Einheitsbrot **1 Milliarde**,
1400 Gr. Einheitsbrot **2 Milliarden**.

Karlsruhe, 22. Oktober 1923.
Der Oberbürgermeister.

Mit Wirkung vom Mittwoch, den 24. Okt erhöhen sich die jetzigen Beförderungspreise der Straßenbahn um durchschnittlich 40 Prozent.

Die vom 22. Okt. 23 ab ausgegebenen Fahrscheinhefte können letztmalig am Dienstag, den 20. November 23 benützt werden und verlieren dann ihre Gültigkeit.

Karlsruhe, 23. 10. 1923
Städtisches Bahnamt.

Glänzende Existenz geboten!

In allerbester Geschäftslage Freiburgs ist auffallend schönes und renommiertes Spezialgeschäft wissenschaftlicher Richtung, aber täglicher Gebrauchsartikel **sofort zu verkaufen**. Dasselbe ist hochmodern eingerichtet, mit großem Warenlager für längste Zeit versehen, gediegenem geschultem Personal. Die Firma genießt weit über Baden einen gediegenen Ruf. Einarbeitung leicht möglich. Wohnung kann gestellt werden. Verkauf wegen Ausreise. Ev. kann das Haus miterworben werden. Aeußerster Kaufpreis für Geschäft und Haus je 60 Tausend Goldmark bar zahlbar.

Offerten mit Nachweis der Verfügbarkeit der vollen Summe unter Nr. 375 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Ueberdrehte
Wasserhahnen
repariert wie neu
Wilhelm Weiß, Blechnermeister,
Steinstraße 14.

Bad. Landestheater.
Dienstag, 23. Okt. 7—n. 9¼ Uhr. Sp. I. 4.50
Abon. F. 4. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5501-5800 u. 7801—8000.
Tosca.

Grosse Festhalle.
Donnerstag, 25. Oktober, 8 Uhr
Mariarty
„Deutschlands Erlösung 1924"
Neue prophetische Ausblicke
Mariarty verkündete 1919/20 in allen grösseren Städten genau das, was wir jetzt durchleben, die unglaubliche Teuerung, die rechtlose Besetzung deutscher Gebiete, die scheusslichen Bestialitäten d. Franzosen, die Klimaänderung i. Nordpolargebiet, die vulkan. Katastrophen etc.
Karten zu 2.-, 1.50, 1.- u. 0.50 Index-Mark bei
Kurt Neufeldt, Waldstraße 39.

Kath. Presseverein Karlsruhe
Wohltätigkeits-Konzert
des kath. Orchestervereins Karlsruhe
zu Gunsten der kathol. Presse
im Eintrachtssaal
am 25. Oktober 1923, abends 8 Uhr.
Gesamtleitung: Oskar Baumann.
Eintrittspreise: 1,00, 0,80, 0,50 Mk.
Schlüsselzahl des Landestheaters.
Vorverkauf: Schneyer, Dörfler (Südstadt), Dorer, Herder (Mittelstadt), Schaar, Kranz (Weststadt), Kern (Oststadt), Rennen (Mühlburg)
Zum zahlreichen Besuch ladet freundlichst ein
Der Gesamtvorstand.

Wertpapiere
Papiergeld, Aktien, Schuldverschreibungen, Schecks u. dergl.
fertigen wir als Spezialität in saubersten Ausführung.
BADENIA
A.-G. für Verlag und Druckerei
Karlsruhe, Adlerstrasse 42.

Dixin
Henkel's Seifenpulver
Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

Ordentliche
Putz- und Waschfrau
für einige Stunden in der Woche gesucht.
Steinstraße 19, II.

Gebisse
Gold-, Silber- und Platin-Gegenstände
Brennstifte, Münzen
kauft zum allerhöchsten Tagespreis.
Frau K. Pflüger,
Hirschstraße 31, III.

Passbilder
schnellstens und gut
Atelier
Rausch & Pester
Erbprinzenstr. 3.

Tanz-
Lehrinstitut
J. Braunagel
Nowacks-Anlage 13
Beginn neuer Kurse

Geschäfts- und Wohnhaus verkäuflich!

In der vornehmsten Lage Freiburgs ist sofort 5stöckiges, ganz auffallend schönes Haus zu verkaufen. Dasselbe ist in allerbester Verfassung, schuldenfrei, und bestens zum Einbau von Büros — da Hauptverkehrsstr. Freiburgs — geeignet. 2 Wohnungen von zus. 8 Zimmern, Bad, Küchen, Mansarde, werden sofort frei. Auch geeignet für kaufmännische Büros usw. Darin betriebenes erstklassiges Spezialgeschäft mit größtem Einkommen kann übernommen werden oder wird getrennt verkauft. Aeußerster Kaufpreis je 60 Tausend Goldmark für Haus und Geschäft. Unbedingt nur Barzahlung.

Offerten unbedingt zahlungskräftiger Interessenten mit Nachweis über die Verfügbarkeit der Mittel unter Nr. 573 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Bücher.

Alle hier besprochenen Bücher können durch die Sortimentsabteilung der Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstr. 42, bezogen werden. Preise bei der steigenden Teuerung freibleibend.)

Das Buchsteiner Elslein, Roman von Sophie Freiin v. Künsberg. L. Auer, Donauwörth. 268 S. Geb. 8000 Mk.

Eine lebenserfahrene, Wert und Schein durchschauende Frau hat offenbar hier viel Persönliches mit ganzer Herzensteilnahme niedergeschrieben. Im Grunde ist es die dichterisch bedeutsam gegebene Geschichte eines hausmütterlichen, wahrhaftigen Edelfräuleins von ausgeprägter, packender Eigenart, das durch opferfrohes Mühen und Sorgen für andere seinem Leben Tiefgang und Wirklichkeit gewinnt. Ueberall nur Wirklichkeit, die in ihren Höhen und Tiefen gewiesen wird. Wirken, Geschehen und Erleiden gestaltend, ist der Dichterin im fesselnden Roman zugleich eine wesenhafte Lebenskunde gelungen. A. Vetter.

Unsere Jungmannschaft. Ein Buch der Lebenskunde von Fr. Flinterhaff. Butzon u. Berker, Kevelaer. 222 S.

Geweckte brave Jünglinge, zumal Mittelschüler, werden dies Büchlein bald lieb gewinnen. Ein guter Freund bietet ihnen darin aus den tiefen Schächten seiner inneren Reife, langen Erfahrung und reichen Belesenheit ausgehobene Bausteine zu einem frohen und tüchtigen Leben und ausgewählte Kostbarkeiten zu Feierstunden des Gemütes und der Seele. A. Vetter.

Das niedere Schulwesen unter August Graf v. Limburg-Stirum, Fürstbischof von Speyer 1770—97. Nach den Quellen bearbeitet von Dr. Edmund Fehle. 132 S. Brosch. 1,80 Mk. Grundpreis. Herder, Freiburg.

Ein interessantes Gebiet hat der Kaplaneiverweser von Endingen in seiner Doktorarbeit behandelt: Das niedere Schulwesen unter dem zweitletzten Fürstbischof von Speyer. Mit Liebe, Ernst und Strenge, wie es die Zeitverhältnisse erforderten, als Vater sowohl wie als Regent, ließ sich der Fürstbischof eine gründliche und vorbildliche Ausbildung der Schuljugend angelegen sein. Der Verfasser stellt seine Abhandlung auf Grund einer Fülle ungedruckten Materials in flotter, volkstümlicher Sprache dar. Mit dem Spaten des Lokalforschers geschärft, bietet sie aber auch der ehemals zu Speyer gehörenden Bruchsaler Gegend außerordentlich viel lokalgeschichtliches. Lehrer und Geistliche werden sie mit großem Interesse lesen. Sie sollte aber auch in jede Volksbibliothek jener Gegend aufgenommen werden und auf keinem Rathaus fehlen.